

Bezugspreis:

Vierteljährlich 9.- M., monatlich 3.- M. frei ins Haus, voraus zahlbar. Postbezug: Monatlich 3.- M., ggf. Poststellungsgebühr. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 6.25 M., für das übrige Ausland 10.25 M., bei täglich einmal Zustellung 8.25 M. Postbestellungen nehmen an Dänemark, Holland, Luxemburg, Schweden u. die Schweiz. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Volk u. Zeit“ erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags einmal.

Telegraph-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Anzeigenpreis:

Die nächstbesten Konditionen gelten für 1.20 M. „Kleiner Anzeigen“, das fertige Blatt 50 Pf. (gültig 2 fertige Blätter). Jedes weitere Blatt 25 Pf. Stellungs- und Schlafstellenanzeigen das erste Blatt 40 Pf., jedes weitere Blatt 20 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Paare. Feuerungsanzeigen 50%, Familien-Anzeigen, politische und gewerkschaftliche Vereins-Anzeigen 1.20 M. die Zeile. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190-15197.

Sonnabend, den 12. Juli 1919.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 11753-54.

Die Blockade aufgehoben.

London, 11. Juli. Das Reutersche Bureau erfährt amtlich, daß die Blockade gegen Deutschland in dem Augenblick aufgehoben werden wird, in dem die Urkunden, die die Ratifikation des Friedensvertrages bestätigen, den alliierten und assoziierten Mächten in Paris formell zugegangen sind. Die Aufhebung der Blockade gegen Deutschland hat keinen Zusammenhang mit dem Abschluß von Friedensverträgen mit den anderen kriegführenden Mächten. Die Aufhebung der Blockade wird notwendig zur Folge haben, daß auch die Handelsbeschränkungen aufgehoben werden.

Die Ratifikationsurkunden sind von Berlin bereits abgegangen und wahrscheinlich bereits in Versailles eingetroffen. Die Ueberreichung dürfte in den Stunden, wo diese Zeilen vor die Leser kommen, geschehen. Die Blockade kann von heute ab als aufgehoben gelten; ebenso die Handelsbeschränkungen. Endlich können wir wieder frei atmen!

Orientierung auf Amerika.

Ein Artikel des Grafen Bernstorff.

Berlin, 11. Juli. In einem Artikel der Wochenschrift „Das demokratische Deutschland“ entwickelt Graf Bernstorff, der früherer deutscher Botschafter in Washington, ein bemerkenswertes Programm zukünftiger deutsch-amerikanischer Politik. Es heißt darin: Das deutsche Volk muß von neuem an die Arbeit gehen und eine Revision des Friedensvertrages zu erreichen suchen. Eine solche ist nur durch den und in dem Völkerbund zu erlangen. Unsere auswärtige Politik muß künftig in einem ständigen Kampfe für den Ausbau des Völkerbundes bestehen. Wenn wir in diesem aufgenommen sind, wird uns dadurch wieder Gleichberechtigung und Gegenseitigkeit gewährt. Dann können wir auf eine Weltordnung hoffen, welche den Imperialismus der einzelnen Mächte eindämmt und eine Weltwirtschaft herbeiführt, die über die Grenzen der Staaten hinweg die Völker miteinander verbindet. Ich brauche kaum darauf hinzuweisen, daß eine detarierte deutsche Politik uns ganz von selbst an die Seite der Vereinigten Staaten führen würde. Dort ist der Gedanke des wahren friedlichen Völkerbundes lebendig. Dort allein sind die Geldmittel zu finden, um eine solche Weltwirtschaft zu beleben. Dort wird der Hauptvertreter der Völkerbundsidee noch 20 Monate am Ruder sein. Bei Herrn Wilsons Natur ist mit Sicherheit zu erwarten, daß er den Kampf für einen wahren Völkerbund mit größter Energie weiter führen wird.

Wir dürfen uns aber über eins nicht täuschen. In den republikanischen Vereinigten Staaten denkt man sich unter Demokratie etwas anderes wie bei uns. Der Sozialismus ist dort sehr unbeliebt, und unsere „planmäßige Gemeinwirtschaft“ stößt jeden Amerikaner ab. Nicht umsonst trägt der uns auferlegte Gewaltfrieden individualistisch-kapitalistische Züge. Selbstverständlich sollen wir getreu dem demokratischen Prinzip unser eigenes Haus so einrichten, wie es die Majorität des deutschen Volkes wünscht, und diese wird immer verlangen, daß das neue Deutschland mit einem sehr starken Tropfen sozialen Oeles gefüllt wird. Daraus folgt aber noch nicht, daß wir den Sozialismus als Exportware zu verwenden brauchen. Hier genügt es, auf das Problem hinzuweisen, welches in Zukunft unsere Beziehungen zu den Vereinigten Staaten trüben könnte, und für das eine günstige Lösung gefunden werden muß. Wenn wir wieder ein freundliches Verhältnis zu den Bürgern der Vereinigten Staaten herstellen wollen, müssen wir diese überzeugen, daß das alte militärische Deutschland begraben ist, und daß das neue nicht die Absicht hat, den Spödel der sozialistischen Weltrevolution zu spielen. Ohne amerikanische Hilfe dürfte es kaum möglich sein, die deutsche Wirtschaft wieder aufzurichten. Ich zweifle aber nicht, daß wir bei richtiger Politik diese Hilfe für uns gewinnen werden.

Die Ansichten des Grafen Bernstorff, der wohl als der beste Kenner der offiziellen amerikanischen Politik gilt, sind sehr beachtenswert. Es muß jedoch vor einer einseitigen Orientierung der deutschen Außenpolitik ebenso gewarnt werden, wie vor der „kontinentalpolitischen“. Wir brauchen alle Länder, die uns nicht durch himmelhohe Mauern der Verhegung und des Hasses vergeschlossen sind. Wir brauchen Amerika in starkem Maße und unter den geuerischen Ländern hat wohl dort der Verstand sich am wenigsten durch Leidenschaft anpressen lassen. Das Hauptziel unserer westlichen Orientierung wird Amerika sein — nicht nur Nordamerika. Gleichzeitig müssen wir uns aber der hohen Bedeutung Russlands für die künftige Wirtschaft Deutschlands bewußt bleiben. Dorthin werden in nicht ferner Zukunft die stärksten materiellen, politischen und bevölkerungspolitischen Interessen des deutschen Volkes neigen.

Freilassung der internierten Deutschen in Amerika.

Haag, 11. Juli. (S. N.) Holländisch New-York-Büro meldet aus Washington: Der Generalstaatsanwalt hat sämtlichen Anwälten der verschiedenen amerikanischen Staaten den Befehl übermittelt, die scharfen Bestimmungen bezüglich der feindlichen Staatsangehörigen nicht mehr in Anwendung zu bringen. Die feindlichen in Internierungslagern befindlichen feindlichen Staatsangehörigen sollen auf ihr Ehrenwort freigelassen werden, mit Ausnahme derjenigen, deren weitere Festhaltung im allgemeinen Interesse geboten erscheint. Die Gesamtzahl der Internierten beträgt einige Tausend.

Der große Generalprotest in Frankreich.

Androhung von Repressalien.

Rotterdam, 11. Juli. Nach dem „Daily Telegraph“ werden am 21. Juli in ganz Frankreich, Elsaß-Lothringen, Tunis und Alger keine Züge fahren. Auch die Post- und Telegraphenangelegenheiten werden streiken und wollen damit gleichzeitig gegen die Teuerung und Regierungspolitik protestieren. Ferner werden die Bauarbeiter, Metallarbeiter, Hafenarbeiter und Bergarbeiter am Streik teilnehmen.

Paris, 11. Juli. (Havas.) Der Minister der öffentlichen Arbeiten hat dem Ministerrat den Text eines Aufrufs an die Eisenbahner vorgelegt, die dem Streik am 21. Juli zustimmen. Diejenigen Angehörigen der gegenwärtig unter Fahnen stehenden Klassen, die ihren Posten verlassen haben, werden den Militärbehörden zur Verfügung gestellt, die sie zu ihren Truppen zurückführen werden, oder sie werden disziplinarisch bestraft. Die Angehörigen demobilisierter Klassen können vor das Kriegsgericht gestellt werden.

Das zerbrockelte antigermanische Bündnis.

Kopenhagen, 11. Juli. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) „Echo de Paris“ schreibt anlässlich der französisch-italienischen Zusammenkünfte in Rom: Es ist ein Fehler unseres Bündnisses, das es nicht verstanden hat, Bestand und Kraft zu bewahren, in erster Linie ein antigermanisches Bündnis zu sein. Unsere italienischen Freunde meinen, daß für sie die jugoslawische Gefahr die deutsche und magyarische ganz in den Schatten stellt. Hier liegt die ganze Frage. Zwischen einer italienischen Politik, die wieder Schlüge bei Deutschland gegen die Slaven sucht, und der nationalen französischen Politik, ist kein Zusammenarbeiten möglich. Wie gläubig jedoch fest, daß eine solche deutschfreundliche italienische Politik, obwohl nur allzu viele Politiker dafür kämpfen, nicht den Wünschen entspricht, die die große Mehrheit der französischen Bevölkerung nährt.

Widerstand Amerikas gegen Wilson.

Kopenhagen, 11. Juli. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) „Manchester Guardian“ meldet aus New-York, daß Wilson durch das vorgeschlagene Bündnis mit Frankreich auf einen fast allgemeinen Widerstand stoßen wird, da man in Amerika das Bündnis für ganz unmöglich betrachtet. Frankreich sei jetzt die härteste militärische Nation im europäischen Festlande, während das zerstückelte Deutschland außerstande sei, während der nächsten Generation einen Einsatz zu unternehmen. Das neue Bündnis wird nur dazu beitragen, eine Anzahl anderer Bündnisse hervorzurufen und dadurch auf der anderen Seite das Vertrauen zum Völkerbund zu zerstören.

Einladung der bulgarischen Friedensdelegation.

Versailles, 11. Juli. Die alliierten und assoziierten Regierungen haben die bulgarische Regierung aufgefordert, zum 25. Juli eine Friedensdelegation nach England, Belgien und Italien zu entsenden.

Italien hat keine Hoffnung auf Einigung mit Frankreich.

Bern, 11. Juli. Gestern abend fand eine vertrauliche Besprechung Tittonis mit verschiedenen Kammermitgliedern statt. „Corriere della Sera“ und „Secolo“ berichten aus Rom, daß die Mitteilungen Tittonis wenig erfreulicher Natur waren. Die Ansichten seien alles andere als befriedigend. Die Sachlage sei so kompliziert, erklärt „Secolo“, daß man die Hoffnung aufgeben müsse, die Verhandlungen noch einmal auf einen den Italienern günstigen Boden zu bringen.

Die Steuervorlagen.

Von Wilhelm Keil.

Zehn neue Steuervorlagen sind bei der Nationalversammlung eingebracht, haben die erste Lesung passiert und werden nun, in drei Gruppen geteilt, in drei Ausschüssen der Einzelberatung unterzogen. Einige weitere Geheimeurteile, die in diese Gruppierung im Voraus eingereicht sind, sollen binnen kurzem der Nationalversammlung zugehen.

Der erste der Steuerausschüsse beschäftigt sich mit a) der außerordentlichen Kriegsabgabe, die das Mehreinkommen der Einzelpersonen und den Webergewinn der Unternehmungsgesellschaften aus dem Jahre 1918 erfassen soll;

b) der Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs, die die Bilanz der ganzen Kriegszeit ziehen und das am Schlusse vorhandene Vermögen mehr bis zu 100 Prozent in die Reichskasse führen soll;

c) mit der Erbschaftsteuer, die den gesamten Nachlaß und daneben den einzelnen Erbanfall, auch der Kinder und Ehegatten, ferner die Schenkungen treffen soll. Und es wird ihm zugewiesen werden, sobald sie bei der Nationalversammlung einläuft,

d) die Vorlage über die allgemeine Vermögensabgabe, die von allen Vermögen ohne Unterschied, ausgenommen nur die Zwergvermögen bis zu einer ziemlich niedrigen Grenze, ein großes, von unten nach oben stark steigendes Opfer fordern wird.

Ferner wird dieser Ausschuss betraut werden mit der Beratung eines großen Gesetzes, das zwar kein Geld bringen, aber das ganze deutsche Steuerwesen in grundlegenden Weise umgestalten soll: mit der Reichsabgabenordnung.

Aus dieser Reichsabgabenordnung wird sich sodann die Notwendigkeit der Schaffung eines umfassenden Reichseinkommensteuergesetzes ergeben, das so rasch zustande kommen muß, daß sich die Einkommensteuerverordnung im Jahr 1920 für Reich, Einzelstaaten und Gemeinden auf dieser neuen, einheitlichen Grundlage durchführen läßt.

Der zweite der Steuerausschüsse hat zu erledigen a) die Grundversteuervorlage, die die bisher sehr verschiedenartig geregelte Besteuerung des Grundvermögens einheitlich gestalten, auf 4 Proz. bemessen, den Ertrag zur Hälfte den Einzelstaaten und durch diese den Gemeinden zuweisen und diesen Körperschaften die Erhebung von Zuschlägen bis zu 2 Proz. gestatten will;

b) die Rayonsteuervorlage, die von dem Marktwert, der durch die Auflassung bestehender Festungsanlagen entsteht, eine Abgabe von 50 Proz. fordern und die Hälfte des Steuerertrags den Landesregierungen zur Verfügung stellen will;

c) die Vergnügungssteuervorlage, die alle bestehenden einzelstaatlichen und gemeindlichen Vergnügungsabgaben zu einer Reichsteuer zusammenfassen und ausbauen, die Hälfte des Ertrags den Landesregierungen zur völligen oder teilweisen Ueberlassung an die Gemeinden zuweisen und den Ländern bzw. Gemeinden die Erhebung von Zuschlägen anheimstellen will.

Dielem Ausschuss soll ferner, sobald sie bei der Nationalversammlung eingebracht ist, zugewiesen werden d) die Warenumsatzsteuer, die der Reichsfinanzminister von 0,5 auf 1 Proz. erhöhen und deren Abschritt über die Zugabesteuerung er sowohl hinsichtlich der zu erfassenden Gegenstände als auch der Höhe der Steuer er sehr beträchtlich erweitern will.

Der dritte Steuerausschuss hat sich zu befassen mit a) der Tabaksteuervorlage, die die Tabak- und Zigarrenabgabe mit stark progressiv gestaffelten Steuerätzen einführen und die Zigarettenabgabe in stark progressiver Ausgestaltung wesentlich erhöhen will;

b) der Zündwarensteuer, die die Abgabe von den Zündhölzern verdoppeln und die Zündapparate in die Steuer einbeziehen will;

c) der Spielfartensteuer, die für die gewöhnlichen Kartenspiele statt 30 Pf. künftig 2 M. betragen soll; d) der Zuckersteuer, die von 14 M. auf 30 M. für 100 Kilogramm Reingewicht erhöht werden soll.

Es ist nicht zu bestreiten, daß man es hier mit einem sehr umfangreichen Programm zu tun hat. Aber niemand kann heute sagen, ob dieses Programm, wenn es in allen Teilen durchgeführt würde, den Geldbedarf voll zu decken vermöchte, der gedeckt werden muß. Es wird aber kaum so durchgeführt werden, wie es entworfen ist. Die Erhöhung der Zuckersteuer z. B. erscheint uns nicht möglich, selbst

Wenn wir der ungeheuerlichen finanziellen Notlage des Reichs in weitestgehendem Maße Rechnung tragen. Die 180 Millionen, die die Reichsfinanzverwaltung aus dem Zucker mehr zu gewinnen hofft, spielen auch wirklich keine entscheidende Rolle bei einem Bedarf von etwa 26 Milliarden Mark pro Jahr, den die drei Steuergläubiger Reich, Einzelstaaten und Gemeinden beschaffen müssen.

Das Reich, das im letzten Friedensjahr eine laufende Einnahme aus Zöllen und Steuern von knapp 2 Milliarden hatte, wird von nun an für seine eigenen Bedürfnisse mindestens 17 Milliarden brauchen. Die Einzelstaaten und Gemeinden, die vor dem Kriege mit 3 Milliarden Steuereinnahmen zurecht kamen, werden 5-6 Milliarden brauchen. Welche finanzielle Jahresleistung uns die Kontrahenten des Friedensvertrages zumuten werden, wissen wir noch nicht, mit 10 Proz. unseres eigenen Reichsbedarfs haben wir zu rechnen.

Die neu vorgeschlagenen Steuern zerfallen in einmalige und dauernde. Zwei der einmaligen Steuern sind allerdings in derselben oder ähnlicher Form in den letzten Kriegsjahren schon erhoben worden, sie werden jedoch in dieser Gestalt künftig sich nicht wiederholen. Es sind das die Abgaben vom Mehreinkommen der Einzelpersonen und vom Mehrgewinn der Gesellschaften für das Jahr 1918 und die Abgabe vom Vermögenszuwachs aus der ganzen Kriegszeit, die eine abschließende Regelung der sogenannten Kriegsgewinnbesteuerung bezwecken. Eine dritte die große allgemeine Vermögensabgabe, ist eine Materie ganz für sich, deren Einmaligkeit sich aus ihrem Wesen ergibt. Die Erträge dieser einmaligen Abgaben lassen sich nicht annähernd zuverlässig schätzen. Das Ergebnis der bis zu 100 Proz. gesteigerten Steuer vom Vermögenszuwachs ist von kühnen Schätzern auf 10 Milliarden, das der großen allgemeinen Vermögensabgabe, deren Konstruktion wir noch nicht kennen, auf 80-90 Milliarden angenommen worden. Aber selbst wenn die Regierungsvorschläge noch verschärft werden sollten, wie unsere Vertreter im Ausschuss bei der Steuer vom Mehreinkommen schon mit Aussicht auf Erfolg es gefordert haben, besteht keinerlei Gewissheit für die Richtigkeit dieser Vermutungen und Hoffnungen.

Die neu vorgeschlagenen Dauersteuern werden in ihrem Ertrag, soweit er der Reichskasse zustehen soll, auf 1,2 Milliarden geschätzt. Man darf hoffen, daß dieser Ertrag wirklich erzielt wird, wenn auch einige der Vorlagen in der Verfertigung verschwinden sollten, denn allein die Erbschaftsteuer läßt sich um mehrere hundert Millionen ergiebiger gestalten, als es im Entwurf, nach dem das Reich aus dieser Quelle nur 470 Millionen mehr erzielen soll, geschieht. Neben diesen 1,2 Milliarden stehen an dauernden Einnahmen dem Reich zur Verfügung 4 Milliarden aus Steuern, die während des Krieges geschaffen wurden, und 1,8 Milliarden aus — ziemlich unsicheren — alten Friedensquellen. Zusammen 7 Milliarden. Es fehlt also zur Deckung des Gesamtbedarfs der drei Steuergläubiger noch die Kleinigkeit von rund 19 Milliarden. Dazu stehen zur Verfügung die fortdauernden Steuern aus dem Einkommen und Vermögen, die bei einer scharfen und einheitlichen Ausgestaltung durch das Reich wohl auf 10 Milliarden gebracht werden können. Sodann der Zins aus dem Erträgnis der allgemeinen Vermögensabgabe, die zum großen Teil in der hypothekarischen Belastung realer Werte bestehen wird. Und schließlich hofft der Reichsfinanzminister aus der angekündigten Verschärfung der allgemeinen Umsatzsteuer einen Ertrag von 4 Milliarden zu gewinnen.

Die Sozialdemokratische Partei ist selbstverständlich bereit, an der Lösung des beispiellosen Finanzproblems mitzuwirken. Keine Partei, die das deutsche Volk retten will, kann sich dieser Aufgabe entziehen. Mit einer noch so radikal gestalteten Einkommens-, Vermögens- und Erbschaftsteuer allein läßt sich der Bedarf nicht

beden. Das deutsche Volkseinkommen, das vor dem Kriege auf 40 Milliarden jährlich geschätzt wurde, müßte zu mindestens fünf Achtel weggefordert werden, wenn allein mit diesen Steuern 26 Milliarden aufgebracht werden sollten. Infolge der großen Papiergeldflut mit der verminderten Kaufkraft des Geldes ist das nominelle Volkseinkommen zurzeit zwar zweifelsfrei viel höher als in den letzten Friedensjahren. Daß aber der reale Wert des Einkommens, d. h. das Jahresergebnis der Arbeit des Volkes, heute hinter dem der früheren Friedenszeit weit zurückbleibt, ist ebenso zweifellos. Auf Finanzmonopole dürfen wir in den nächsten Jahren große Hoffnungen nicht setzen. Die neuesten finanziellen Abschlässe des Eisenbahnmonopolbetriebs Preußens und des Postmonopolbetriebs des Reichs, die früher gewaltige Ueberschüsse, heute um ein Vielfaches größere Verluste aufweisen, mahnen zur Vorsicht. Es wird deshalb nichts anderes übrig bleiben, als neben den bis zur Grenze des vollwirtschaftlich Erträglichen auszuscheidenden Steuern vom Einkommen und Vermögen auch Verbrauchssteuern in Kauf zu nehmen. Daß es Verbrauchssteuer gibt, die vom Arbeiterstandpunkt nicht unbedingt verworfen werden müssen, haben selbst die Unabhängigen anerkannt, als sie die Schaumweinsteuer annahmen. Zu fordern ist aber, daß vorweg das ganze Gebiet der Besteuerung erschöpfend geregelt wird, ehe zu den schon bestehenden weiteren Verbrauchssteuern erhoben werden.

Diese Regelung wird zur völligen Zentralisierung führen. Am Sonntag, den 13. Juli, wird der Reichsfinanzminister Erzberger in Weimar mit den Finanzministern der Einzelstaaten über den Plan, nicht nur die Gesetzgebung, sondern auch die Verwaltung des gesamten deutschen Steuerwesens auf das Reich zu übernehmen, beraten. Der Plan ist vernünftig und unabwendbar. Wäre ihm, wie wir es stets gefordert, schon vor Jahren näher getreten worden, so würde unsere Kriegsfinanzenpolitik nicht so erzieherlich geführt worden sein. Bei der schweren Steuerlast, die künftig zu tragen ist, sind die Verhältnisse in der Belastung von Land zu Land und Gemeinde zu Gemeinde nicht mehr zu ertragen. Wenn künftig das Reich am gesamten deutschen Steuerjoll mit mehr als 70 Proz. beteiligt ist, so ist es auch sinnlos, die Verwaltung der Steuern in die Hände der Einzelstaaten zu legen.

Geht die ganze direkte Steuergesetzgebung und Verwaltung, ausgenommen höchstens Abgaben rein lokalen Charakters, auf das Reich über, und wird aus dem Ertrag ein Teil abgeführt an die Einzelstaaten und Gemeinden, so bedeutet das sicher in seiner Wirkung eine schwere Erschütterung der einzelstaatlichen Macht. Aber bleibt eine andere Lösung übrig, nachdem wir da angekommen sind, wo wir stehen? Die Verpflichtungen, die dem Deutschen Reich mit dem Friedensvertrag auferlegt sind, lassen ihm keine Wahl hinsichtlich des Beleges, den es bei der Beschaffung seines Geldbedarfs zu beschreiten hat.

### Zertrümmerung des österreichischen Verkehrswesens.

Eine Note Renners.

St. Germain-en-Laye, 10. Juli. Staatskanzler Renner ließ dem Ministerpräsidenten Clemenceau eine Note überreichen, in der gegen die Verschärfung des deutschösterreichischen Bahnverkehrs durch die Friedensbedingungen Einspruch erhoben wird. Geradezu grotesk sei die Verstimmlung der östlichen und nördlichen Linien. Die bei Deutsch-Österreich verbleibenden Reste dieser Linien von 42 bis 164 Kilometer auf. Für diese Linien beständen in Wien große Kapazitäten mit gewissen Anlagen- und Betriebskosten, die in keinem Verhältnis mehr zu dem erzielbaren Erträgnis ständen. Das verstümmelte Bahnnetz sei augenblicklich in einem trostlosen Zustande, Deutsch-Österreich ver-

füge nicht über die Mittel zu seinem Wiederaufbau. Diesem zertrümmerten Eisenbahnwesen würden die Friedensbedingungen zum Teil unerfüllbare Verpflichtungen auferlegt. In ganz untraglichen und unmöglichen Verhältnissen müsse es führen, wenn den anderen aus der österreichisch-ungarischen Monarchie hervorgegangenen Staaten Rechte eingeräumt würden, die Deutsch-Österreich ihnen gegenüber verweigert würden. Weiter wendet sich die Note dagegen, daß nach den Friedensbedingungen der Schiffsparität der deutschösterreichischen Schifffahrtsgesellschaften und ihre Anlagen aufgeteilt und gegen Entschädigung abgelöst werden sollen. Dies bedeute praktisch eine Beeinträchtigung des Donauverkehrs, wirtschaftlich die Entziehung eines der wenigen Mittel Deutsch-Österreichs, sich Nahrungsmittel und Rohstoffe zu beschaffen. Auch bei den Verkehrsfragen werde die Regelung im Friedensvertrage nur gegenüber jenen möglich sein, mit denen Österreich sich im Kriege befunden habe. Das Verhältnis der Gebiete der früheren Monarchie untereinander könnte dagegen nur durch einen Ausschuss unter Leitung der Großmächte rational geordnet werden.

### Ein tschechischer Anschlag auf das Wiener Arsenal.

Wien, 11. Juli. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Schon mehrmals und von verschiedenen Seiten waren Versuche unternommen worden, aus dem Arsenal Waffen zu bekommen. Ohne Wissen und Willen der Arbeiterwehr kann aber kein Gewehr aus dem Arsenal herauskommen. Besonders durch die Umsicht des Kommandanten der Arbeiterwehr, des Genossen Geyser, wurden alle diese Versuche zunichte gemacht. Nun ist abermals ein solcher Versuch unternommen worden. Der Plan ging von dem tschechischen Major Reander aus, der sich dabei derselben Leute als Mittelspersonen bediente, die schon einmal Konfidentendienste geleistet hatten, um eine ähnliche Sache, die für deutschösterreichische Reaktionen geplant worden war, zu entfallen. Die Tschechen wollten sich offenbar die ihnen nötigen Gewehre aus dem Wiener Arsenal verschaffen. Um sie in eine Falle zu locken, ging Genosse Geyser zum Schein auf ihr Angebot ein, als sie dann aber durch die Herausgabe von 400 000 Kronen als Anzahlung auf die versprochenen zwei Millionen bewiesen, daß sie keine Schwindler sind und wirklich die Waffen haben wollten, sollte das Geld beschlagnahmt und die Leute festgenommen werden. Darauf griffen die Offiziere zu den Revolvern und erschossen unsere Genossen Geyser und Stanzel. Die Täter sind festgenommen.

### Die Heimkehr der Kriegsgefangenen.

Am gestrigen Nachmittag fand eine Sitzung von Vertretern der Interessentenverbände der Kriegsgefangenen und der Kommunalverwaltungen Groß-Berlins statt, in der Herr M. Schiefinger über von der Regierung getroffene Maßnahmen, die die Fürsorge für die heimkehrenden Kriegsgefangenen betreffen, eingehend berichtete. Die Zurückkehrenden sollen von den Lebensabnehmungen aus drei bis vier Tage nach Durchgangslagern gebracht werden, wo ihre Entlassung und Abfindung sämtlicher Ansprüche erfolgen soll. Neben dem üblichen Entlassungsgeld von 50 M. soll jeder aus der Gefangenschaft zurückgekehrte Mann die Gehilfen für achtwöchentlichen Urlaub erhalten. Von den Durchgangslagern gehen Transporte an die Kriegsgefangenenheimkehrstellen für Groß-Berlin voraussichtlich in Tempelhof), denen die Fürsorgetätigkeit, Untersttung und Rückführung ins Erwerbsleben obliegt. Es sollen allen bedürftigen aus der Kriegsgefangenschaft heimkehrenden Soldaten unabhängig vom Dienstgrad Beihilfen gezahlt werden, die mindestens 100 M. betragen soll, normal bis zu 300 M. aus Reichsmitteln gewährt werden kann, jedoch in besonderen Fällen bis auf 600 M. erhöht werden kann. Aus Reichsmitteln sind hierfür 150 Millionen Mark bereitgestellt.

Der zur Verteilung der Beihilfen befugte örtliche Hilfsausschuss ist aus je zwei Vertretern des „Reichsbundes der Kriegsbeschädigten“ und des „Volksbundes“ sowie je einem Mitglied der Kommunalverwaltung und der Kriegsfürsorge zu bilden.

### Das Geheimnis des Erfindens.

Eine der geheimnisvollsten und wichtigsten Geistesttigkeiten, welche die Menschheit auf ihrem Wege zur Kultur gefordert haben, ist die Arbeit der Erfinder. Auf wunderlichen und verschlungenen Pfaden und geniale Köpfe dazu gekommen, die Welt mit den erfindungsreichsten Neuerungen zu versehen. In einem „Sucher, Finder, Erfinder“ betitelten Aufsatz der bei Eugen Diederichs in Jena erscheinenden Monatschrift „Die Zeit“ beschäftigt sich Richard Wirtz mit den Formen, in denen schöpferische Ideen in die Welt der Wirklichkeit überführt wurden. So merkwürdig es klingt, so ist manchmal gerade die Unwissenheit das Motiv für große Erfindungen gewesen. James Watt und Bessemer haben selbst erklärt, daß der Besch von Fachkenntnissen und die damit verbundene Kenntnis aller bevorstehenden Schwierigkeiten sie gelähmt hätten, so daß sie dann wohl nicht imstande gewesen wären, ihre Erfindungen zu machen. Auch das Fallschirmwesen spielt in der Entwicklung der Technik seine Rolle. Es müssen erst eine Menge Irrtümer und Fehler gemacht werden, bevor der glückliche Vollender auf den richtigen Gedanken kommen kann. „Ich weiß nicht“, sagt Paulhan in seinem Werk über die Erfindungen, „ob man nicht oft die Neuheit und sogar den Wert einer Erfindung messen könnte an der Zahl der Irrtümer und Irrschlüsse, die sie ihrem Urheber einbrach.“

Zu diesem geheimnisvollen Vorgang des Erfindens gehört auch die Wichtigkeit des Zufalls. Wrtlicher sagt uns, Gold zu machen, und kam zur Herstellung des Porzellan; Glas und Pulver sind ohne eine bestimmte Idee erfunden worden. Welcher Dämon verleihte Berthold Schwarz, dreierlei zu tun, Kohle, Schwefel und Salpeter in Rächer zu führen, so daß der entstehende Zufallsfunke die Erfindung vollendete? Auch muß die Zeit erst reif geworden sein für eine Erfindung, und der beste Einfall ist nutzlos, wenn ihn die Technik überholt hat. So erzählt Wirtz von einem Erfinder, der das utopische Problem, den Pferden den mühselzerfordernden Zug beim Anfahren der Dampfwagen wegzunehmen, gelöst hatte. Wäre er zehn Jahre früher damit fertig geworden, so hätte er einen bleibenden Platz in der Geschichte gewonnen. Aber als seine Erfindung da war, da waren schon die elektrischen Bahnen in Sicht, so daß er keinen Käufer für sein Patent fand.

Der beste Beweis für die Abhängigkeit, in der sich der Erfinder von der Technik seiner Zeit steht, ist die Entwicklung der Luftschiffahrt. Leonardo da Vinci und unabhängig von ihm dler haben die Gestalt der Flugzeugtragflche gezeichnet. Die wter Vorklnge auf experimenteller Grundlage berechnete. Aber Luftschiff und Flugzeug waren erst möglich durch die Erfindung des leichten starken Rotors. Japellin wäre, wie der Schneider von Metz, geschickter, hätte er 20 Jahre früher begonnen und hätte die Rotorerfindung den Anschluß an das starre Ballonstystem und seine Lenkvorrichtungen verpaßt. dler berechnete mathematisch eine Ringeform, die die Nachteile der alten Rotoren vermindert. Aber das Glas, das die hier vorausgesetzten Eigenschaften haben mußte, hatte die historische

Entwicklung der Glasmascherei noch nicht geliefert und die Erfindung des Zells-Mikroskops blieb so lange ein Hirngespinnst, bis dler in Schott der Glaslstler und Wirtzfinder zur Seite trat, der seine mathematisch-optische Idee in die Wirklichkeit überführte. So hängen Erfindung und Wissenschaft auf das engste miteinander zusammen.

Aber nicht immer ist der Erfinder von den Fortschritten der Wissenschaft abhängig, sondern er ist auch ihr Vorkufer und Anreger. So wurde die Pumpe erfunden, bevor noch die Vorstellung des horror vacui aufgegeben war, und die Florentiner Pumpenmacher, die unwissend die Grenzen des Luftstrahls überschritten, gaben den Anstoß zur wissenschaftlichen Erkenntnis. Die Dampfmaschine wurde die Voraussetzung für die Entstehung der mechanischen Wärmetheorie, und die seltsamen Versuche der Alchimisten haben den Erfolgen der Chemie die Bahn gebrochen.

### Soldaten-Hochschulen.

In Danabrud ist kürzlich eine Soldaten-Hochschule begründet worden, die nach den bisher gemachten Erfahrungen zu den besten Hoffnungen berechtigt. Bei der großen Verantwortung, die heute auf unseren Truppen lastet, kann man diese Einrichtung nur begrüßen. Gerade unter den Soldaten ist eine tiefgehende und systematische Aufstrungsarbeit notwendig. Wir wissen alle, wie bunt zusammengesndert die Reichswehrverbnde sind und wie sehr den Soldaten oft die Besonnenheit und das nötige Verantwortlichkeitsgefühl abgeht. Natürlich kann es sich nicht darum handeln, die sogenannte „Instruktionsfnde“ mit ihrer üblen Stimmungsmache für die reaktionären Parteien neu ausleben zu lassen. Drur darf nach der Revolution kein Raum mehr sein.

Der Zweck der Soldaten-Hochschulen wäre vielmehr darin bestehen, den Soldaten einen tieferen Einblick in unser Volk- und Wirtschaftsleben zu geben, um dadurch unter ihnen das Verhndnis für das politische Geschehen der Zeit zu fördern und den kräftigen Sinn zu schrfen. Da die Truppen die Hinter unsrerer demokratischer Volkrepublik sein sollen, ist es sehr wertvoll, in ihnen das staatsbürgerliche Bewußtsein und das Gefühl für die Wertung des Reichens als Staatsbürger zu frken. Von den Soldaten müssen wir verlangen, daß sie nicht allein die Waffe in der Hand, sondern auch die Waffe des Geistes zu führen oder wenigstens zu würdigen wissen. Darum ist eine systematische Bildungsarbeit unter den Soldaten im Sinne des Hochschulgedankens von großer Bedeutung und wird sicher zum kulturellen Aufstieg unseres Volkes und zu der außerordentlich notwendigen Läuterung unsrerer Reichswehr sehr wesentlich beitragen.

### Kulturforchungsfilm.

Der Film wird in der Schule der Zukunft eine große Rolle spielen. Anschauung lehrt besser als Rede und Buch. Wegen die Einleitung moralischer Unterweisung in das lebende Bildelement der Unmoral und des Verbrechens haben sich viele Stimmen erhoben und längst hat es sogar bei so einem „Aufstrungsfilm“ Krach in der Stimmerriste gegeben.

Gar nicht zu vergleichen mit diesen Bestrebungen ist das Werk des Instituts für Kulturforchung in Wien, von dem Professor Dr. Hauslik einige Proben vorführte. Filme, die lebende Geographie und Völkerkunde lehren. Nicht etwa einzelne Volkslieder werden dargestellt, sondern Kulturunterschiede und die Bedingungen

ihres Vorhandenseins, Siedlungsgebiete, Stdteentwicklung — viel davon auf der Landkarte, die sich vor unseren Augen nach dem Gebot des Verlaissler-St. Germain-Vertrags so verändert, daß wir Rhe haben, unsere von der Schulbank her eingewurzelten Vorstellungen abzutreiben. Jede Propagandaabsicht liegt dieser vergleichenden Kulturbeschreibung und Vlkerlehre fern — es ist nicht die Schuld der neuen Marie Mittelereuropas, daß sie und Deutsch erbtittern muß.

Die Filme werden nach dem System der „Petra K.“ bei Tageslicht vorgeführt. Sie werden von Saalmiten und der Rückführung auf das Filmhospital frei sein und im Freien vor ungehllter Massen wirken können, wenn die sich belehren wollen. Für den Schulfilm bedeutet die „Petra“-Erfindung natürlich die Verwirklichung.

### Notizen.

— Zum Skularjahr Gottfried Kellers des 100. Geburtstag der Gotische Verlag eine freuz überprüfte Jubiläumsausgabe der „Gesammelten Werke“ des Dichters. Sie liegt in zehn gut hergerichteten, leserfreundlichen Bnden vor. Emil Ermatinger, der Keller-Kenner, hat sie gemeinsam mit Fritz Hngler besorgt; er gab ihr auch eine biographische und literarische Einleitung, die dem hohen Werte seiner großen Keller-Biographie entspricht. Ermatinger hat den Revisor, der den Dichter Keller ausmacht, tief durchfhrt. Diese schöne Ausgabe kostet umgebunden 35 M., gebunden 30 M. mehr, ist also verhältnismäßig woffel. Auf die Beilage eines Bildnisses ist leider verzichtet worden. Wie der Gotische Verlag mitteilt, befindet sich auch eine kritische Jubiläumsausgabe der Werke in Vorbereitung.

— Eine Ausstellung expressionistischer Kunst, in der die bedeutendsten Namen des Inlandes und des Auslandes vertreten sind, wird gegenwärtig vom „Sturm“ im Osten Berlin, in den Räumen der Freien Jugend, Peetersburger Str. 39, veranstaltet. Sie zeigt Gemälde und Plastiken und ist täglich, auch Sonntags, von 10 bis 11 Uhr, Sonnabends von 10 bis 6 Uhr, geoffnet, für Arbeitslose an Wochentagen von 12 bis 3 Uhr kostenlos. Für andere Ausstellungsbesucher ist der Eintritt auf 50 Pf. einschließlic Katalog mit Einführung festgesetzt. Besondere Führung nach Vereinbarung.

— Zusammenfluß im deutschen Arbeiter-sport. Die Zentralkommission für Sport- und Körperpflege hat in ihrer Sitzung am 28. Juni einstimmig beschlossen, ihren Sekretär mit den Vorarbeiten für die Gründung eines allgemeinen Arbeiter-Sportbundes zu beauftragen. In Frage kommen bei der geplanten Verschmelzung die Arbeiter-Turner mit mehr als 200 000 Mitgliedern, die Arbeiter-Radsportler mit mehr als 100 000 Mitgliedern, der Arbeiter-Wassersport-Verband, Arbeiter-Athleten-Verband, Arbeiter-Samariter-Verband für Volksgesundheit und der Lorrisitenverein Die Naturfreunde, der Zentralbund wäre im Anfang mit etwa einer halben Million Mitglieder rechnen können. Die beiden er genannten Verbände verfügen außerdem über bedeutendes Vermögen, Produktiv- und Handelsunternehmungen. Der Zusammenfluß ist so gedacht, daß den einzelnen Sektionen weitgehende Selbstverwaltung in technischer Hinsicht gewahrt bleibt. Die Vorarbeiten sollen so beschleunigt werden, daß die Gründung mit Anfang nächsten Jahres ins Leben treten kann. Wir können nur wünschen, daß der bedeutende Beschluß recht bald verwirklicht werden möge.

# Die wirtschaftliche Zukunft der Eisenbahner.

## Preussische Landesversammlung.

44. Sitzung, Freitag, den 11. Juli, 1 Uhr.  
Am Ministertisch: Dirsch, Dejer, Dr. Südekum, Seine.  
Auf der Tagesordnung steht die zweite Lesung des Eisenbahn-  
anleihegesetzes.

Eisenbahnminister Dejer:  
Die Mehrforderungen der Verwaltung sind eine unvermeidliche  
Folge der wirtschaftlichen Verhältnisse. Die Vorlage enthält noch  
nicht einmal alle Mehrkosten.

weitere Forderungen werden später kommen.  
(Hört, hört!) Wir werden, das versteht sich ganz von selbst, in der  
Zukunft sehr sparsam wirtschaften müssen. Die Senkung  
der Lebensmittelpreise ist zum Teil schon durchge-  
führt. Sie ist so stark, daß sie für eine mittlere Familie einem  
um 50 Pfg. erhöhten Stundenlohn gleichkommt. (Hört,  
hört!) Leider haben die andauernden Unruhen und Streiks der  
Eisenbahnangestellten die Durchführung dieser Maßnahmen sehr er-  
schwert, ja teilweise ganz unmöglich gemacht. (Hört, hört!)

Die Arbeiterkassen selbst hat darunter am meisten zu leiden.  
Die Senkung der Lebensmittelpreise hat zu einem Sinken der  
Schleierhandelspreise geführt, ein Prozeß, der noch nicht  
abgeschlossen ist. Das war auch ein beachtlicher Erfolg, der un-  
terstützt wurde durch die bevorstehende Aufhebung der fluchwürdigen  
und bösserrechtswidrigen Blockade. Zur Aufhebung der Blockade  
kommt die Möglichkeit, daß die noch sehr großen Bestände der  
See- und Marineverwaltung jetzt freigegeben werden können.  
Es kommen da also

41 Millionen Meter Kleiderstoffe  
in Frage. (Hört, hört!) Auch andere Rohstoffe für die Textil-  
industrie können freigegeben werden. Das wird ein Sinken  
der Preise für Kleider und Schuhe zur Folge haben, zumal  
die Regierung für diesen Zweck weitere 500 Millionen bereit gestellt  
hat. Wir werden dafür sorgen, daß bei der Verteilung der Kleider  
und Schuhe in erster Linie die

Arbeiterfamilien der Beamten und Arbeiter berücksichtigt  
werden. (Beifall.) Es ist ganz richtig, daß bei den Eisenbahner-  
beimern eine besondere Notlage besteht, denn sie haben  
aus den hohen Kriegslöhnen keinen Nutzen ziehen können. Das  
gilt auch für die Beamten, denen Teuerungszulagen immer erst  
gewährt wurden, wenn die Not schon aufs höchste gestiegen war.  
Unrichtig ist die Meldung, daß im September den Beamten eine  
neue Teuerungszulage gegeben werden soll. Dagegen sind wir be-  
reit, die bestehenden Zulagen und die Zulagen für die Beamten noch  
eine begrenzte Zeit weiter zu zahlen, soweit es die finanzielle  
Lage des Staates gestattet. (Beifall.) Wir hoffen dadurch, den  
Arbeitern und Beamten die Möglichkeit zu geben, auf diesem Wege eine

Gefundung ihrer finanziellen Verhältnisse  
herbeizuführen. Der Preussische Finanzminister hat sich da-  
mit schon einverstanden erklärt, und auch der Reichs-  
minister hat sich auf diesen Boden gestellt. Wir wollen also plan-  
mäßig und überlegt

trotz gesunkener Preise die Löhne nicht gleichfalls senken  
und die Zulagen beibehalten, sondern wir wollen den Arbeitern und  
Beamten innerhalb des Rahmens unserer finanziellen Möglichkeiten  
das bisherige Einkommen

sichern, bis eine Gefundung erzielt ist. (Sehr gut.) Daneben hoffen  
wir, durch einen vergrößerten Urlaub auch eine körperliche  
Erfrischung herbeizuführen.  
Soweit die wirtschaftlichen Maßnahmen, Organisatorisch wie-  
derhole ich die Erklärung, daß die

Arbeitsausschüsse so schnell wie möglich durchgeführt  
werden sollen. Die Vorarbeiten sind soweit gediehen, daß wir in  
sehr kurzer Zeit zu einer Verständigung mit den Gewerk-  
schaften kommen werden. Das System der Betriebsräte  
wird schnellstens durchgeführt, sobald das Reichsgesetz darüber  
erlassen ist. Wir wollen ein Vertrauensverhältnis  
schaffen, ein Geist gegenseitigen Verständens und ge-  
genseitiger Würdigung soll wieder erleben. Wir sind eine un-  
politische Verwaltung.

Wir fragen nicht nach der politischen Gesinnung.  
Jeder Tüchtige wird bei uns als Mensch geachtet.  
Wo Reformen notwendig sind, sollen sie auch durchgeführt  
werden. Das Verständnis ist in vieler Beziehung reformbe-  
dürftig. In diesen Reformen sollen auch die Arbeiter ihre Anteil  
abgeben können. Wenn die Blockade fällt, wird der deutsche Markt  
mit ausländischen Waren überflutet werden, die deutsche Industrie  
wird zurückgedrängt, die Arbeiterkassen geschädigt und das letzte  
deutsche Geld aus dem Lande geholt werden. Wenn in einer  
solchen Zeit auch noch fortgesetzt Störungen der Arbeit durch Un-  
ruhen und Streiks fallen, so wird es uns ganz unmöglich sein,  
wirtschaftlich wieder emporzukommen.

Wir sind auf dem Weltmarkt stark ins Hintertreffen gekommen,  
denn alle Auslandsposten sind von den Feinden besetzt worden.  
Unser Programm ist wirtschaftlich gesund. Ich kämpfe dabei für  
mein Land, aber ich kämpfe insbesondere auch für die Arbeiter-  
schaft. (Beifall.) Eine der wichtigsten Vorbedingungen dafür ist  
ein geordneter Betrieb bei der Eisenbahn. Wenn die Eisenbahn  
nicht funktioniert, dann stehen alle Räder still, dann können wir  
keine Nahrungsmittel in die Städte schaffen, dann wird  
die Auflösung kommen. Wir wollen aber nicht den wirtschaftlichen  
Tod, wir wollen

wirtschaftliches neues Leben,  
wir wollen geordnete Zustände, wir wollen Arbeit. (Beifall.) Von  
unserm Programm lassen wir uns durch nichts abbringen. (Beifall.)  
Auch Streiks und Arbeitseinstellungen können dieses Pro-  
gramm nicht beeinträchtigen, das wohl überlegt ist, und an dem wir unter  
allen Umständen festhalten werden. (Lebhafter Beifall.)

Hunderttausende von Eisenbahner haben diese Erklärungen  
erwartet  
und sind dankbar dafür. Alles und gar muß Stellung genommen  
werden gegen die Art und Weise, wie die Mehrheit der Eisen-  
bahner von einer Minderheit gezwungen wird, ihre Pflicht nicht  
zu erfüllen. (Beifall.) Die Streiks im Juni und Juli haben den  
Eisenbahner 12 Millionen Mark an Lohnverlust gekostet. (Hört,  
hört!)

Unter dem Straßenbahnerstreik leiden in erster Linie die Arbeiter  
und Angestellten,  
besonders die Kriegsbeschädigten. (Sehr richtig.) Die Eisenbahner  
dürfen sich nicht zu politischen Zwecken mißbrauchen lassen.  
Die jetzigen Streiks haben lebhaft politischen Charakter. (Dehnte  
Zustimmung, Gelächter der U. Soz. — Abg. Paul Hoffmann ruft:  
Lüge! — Ordnungsruf.)

Die Streikenden wollen die Regierung Obert-Röde kürzen  
Der Redner verliest eine große Anzahl von Flugblättern der so-  
zialistischen Partei und der Streikleitung der Eisenbahner, in  
der zum politischen Streik aufgefordert wird. Damit ist bewiesen,  
daß es sich bei diesem Streik nicht um wirtschaftliche Forderungen  
handelt. Wir sprechen dem Minister unser Vertrauen aus. Er  
möge sich seinen Willen zur sozialen Tat erhalten. (Beifall.)

Abg. Dr. Seelmann (D. Nat.): Wir stimmen der Vorlage zu  
und sprechen der Beamtenschaft der Eisenbahnen für ihre auf-  
opfernde Arbeit unsern Dank aus. Mit Schlagworten wie Demo-  
krisierung der Verwaltung, worunter jeder was anderes versteht,  
ist nicht viel anzufangen. Der Vorredner hat das Wort zitiert,  
daß der Eisenbahner die Hand an der Gurgel der Staatswirtschaft  
hat. Wird die Gurgel zusammengedrückt, dann kommt das Chaos,  
aber was daraus entsteht, wird nicht die Diktatur des Pro-  
letariats sein, sondern eine andere Diktatur, die jedenfalls den  
Interessen des Proletariats nicht förderlich sein wird. (Bei-  
fall rechts.)

Abg. Langer-Oberhausen (D. Sp.): Der Eisenbahnerstreik hat  
die Maßnahmen des Reichsarbeitsministers durchkreuzt. Das  
Vorgehen des Ministers findet unsere volle Billigung. Wir hoffen,  
daß die heutige Verhandlung den Eisenbahner den Weg zur  
Pflucht und zur Wiederaufnahme der Arbeit weisen wird.

Abg. Paul Hoffmann (U. Soz.): Warum ist der Minister mit  
seiner Mitteilung über die Vorräte an Bekleidungsstoffen usw. in  
seiner Verwaltung erst heute gekommen? Der Minister hat heute  
davon gesprochen, er müsse die Vorgesetzten in Schutz nehmen.  
Wo steht der Schutz der Arbeiter?

Der kleinen und mittleren Beamten? Redner geht unter fortwähren-  
den Unterbrechungen und andauernder Unruhe auf der Reden auf  
die Geschichte der Eisenbahnerbewegung nochmals ausführlich ein  
und bleibt dabei, daß die Regierung mit den Mehrheitsparteien  
sich vorwiegend darüber geeinigt habe, die Eisenbahnerforderungen ab-  
zulehnen. Im Frühjahr hat man 10 Milliarden bewilligt. Da  
hätte auch eine kleine Summe für die Eisenbahner abfallen können,  
und diese wären zutriebsgestellt worden. (Lachen.) Die Eisen-  
bahnarbeiter und die Arbeiterkassen überhaupt wird nicht ruhen,  
bis sie das volle Mitbestimmungsrecht und das Räteystem erlangen  
hat. (Beifall bei den U. Soz.)

Abg. Brunt (Zentr.): Wir sind bereit, den Wünschen der Eisen-  
bahner soweit wie möglich entgegenzukommen. Mit der Programm-  
rede des Ministers sind wir einverstanden. Ohne Disziplin und  
Unterordnung geht es in einem so großen Betriebe nicht. Wir  
stehen auf dem Standpunkt, daß den Staatsbeamten das Streik-  
recht nicht zusteht, und wir können es in der jetzigen Zeit  
der äußersten Not auch den Eisenbahnarbeitern nicht zubilligen.  
(Sehr richtig!)

Abg. Schubert (Soz.):  
Auch wir billigen das Wirtschaftsprogramm des Ministers.  
Wir sind für das Streikrecht der Eisenbahner,

aber gegen jeden Mißbrauch dieses Streikrechts zu politischen  
Zwecken. (Lärm bei den Unabhängigen.) Den Eisenbahner war  
es im Kriege nicht gut gegangen, und daher lassen sie sich jetzt umso  
leichter politisch mißbrauchen. Die Verhandlungen im Ministerium  
halten noch gar nicht begonnen, als die politischen Draht-  
zieher schon vorbeileiten, die Forderungen seien abgelehnt wor-  
den, die Eisenbahner müßten heraus aus dem Betleibe. (Hört, hört!)  
Bei den Wahlen der Vertrauensleute ist besonderes Gewicht darauf  
gelegt worden, daß es

nicht Gewerkschaftler  
zu sein brauchen. (Hört, hört!) So kommt es, daß Leute wie  
Erich Mühsam und Konforten das Heft in die Hand nehmen.  
Wir halten aber an der gewerkschaftlichen Taktik fest. Die Kom-  
munisten, die jetzt die Arbeiterorganisationen zertrümmern  
wollen, haben früher zu den Weissen gehört. (Lebh. Hört, hört!)  
Die Ansprache schließt.  
Die Vorlage wird hierauf in zweiter und dritter Lesung an-  
genommen.  
Die Ansprache über das Ministerium des Innern wird fort-  
gesetzt.  
Abg. Subjahn (Znat. Sp.) führt Beschwerde über die Behand-  
lung der von den Polen festgehalten Geiseln und Gefangenen.

## Erleuchtung.

11] Roman von Henri Barbusse.

Da gleitet er nun wieder dahin, dieser arme, halb wahn-  
sinnige, verhäufte Mann, dahin gleitet er in seiner ungreif-  
lichen Trauer und sicher hört er es gar nicht mehr, da ich  
ihm einen guten Abend wünsche.

Im unteren Zimmer bei uns zu Hause ist eingezogen,  
Lauten sieht auf einem Schmel neben dem Kamin. Sie  
möchte dem Feuer recht nahe kommen und streckt die Hände  
der Blut entgegen und der Widerschein der glühenden Kohlen  
glutet über die alte Frau. Ich sehe beim Eintreten die  
Wölbung ihres Rückens. Ihr magerer Nacken ist wie zer-  
brochen und knochenweiß. Verträumt ist meine Lante und  
sie greift nach einer Feuerzange, die gerade herumliegt. Ich  
lasse mich an meinem gewöhnlichen Plazze nieder. Lauten  
leidet unter der Schweigsamkeit, mit der ich mich verhielte.  
Wählig legt sie die Feuerzange weg, die metallisch anschlägt.  
Dann beginnt sie mit viel Lebhaftigkeit über die Leute in  
unserem Stadtquartier zu reden: „Bei uns gibts Krei und  
Pletzi. Ist mal erst der Herrgotts-sonntag da, der immer so  
nett anfängt, dann will jedes gleich dabei sein. Brauchst gar  
nicht erst nach Paris zu gehen, auch gar nicht erst ins Aus-  
land.“ Sie schüttelt den abgewetzten Kopf und fährt fort:  
„Bei uns da ist 'ne kleine Welt, die gern die große Welt  
nachmachen möchte. Sind aber bloß kleine Leute und haben's  
nicht dazu. Fahrenerei, nicht wahr? Nein, doch wohl nicht  
Fahrenerei. Sind eben doch bloß Menschen, die an sich denken.  
Denn jeder verdient's doch, daß er glücklich wird. Nicht wahr,  
Junge? Zweierlei Leut gibts nur auf der Erde: Die un-  
zufriedenen und die kleinen Leut. Ja, Junge, ewig ist das so  
gewesen, ewig wird das so sein.“

3. Kapitel: Morgen und Abend.

Eben, da ich dabei bin — ich erinnere mich noch ganz  
genau an die Einzelheiten —, das Konto Sekmaisons zu be-  
rechnen, ist vor meiner Glaskür ein ungewohnter Lärm von  
Schritten und Stimmen hörbar. Und bevor ich mich noch  
umdrehe, sagt jemand: „Paulins Lante ist sehr krank.“

Der Satz betäubt mich. Schon bin ich auf. Jemand  
steht vor mir. Von einem Blindstoch wird die Tür zugeschlagen.  
Und dann brechen wir zusammen auf. Benoit ist mich holen  
gekommen. Man beugt sich, man schnauft. In der Fabrik  
ist alles in voller Tätigkeit. Wir kommen an den gleich-  
gültigen Menschen vorbei, die mir zulächeln, ohne daß sie  
noch etwas von der Veränderung wissen.

Schnellig und kalt ist die Nacht. Ein scharfer Wind weht.  
Regen tropft vom Himmel. Man muß beim Wandern Pfügen

überpringen. Ich bin wie hypnotisiert da ich mich hinter den  
vier eckigen Schultern und Hochschößen Benois herschlepp. Und  
ich werde auf meinem nächtlichen Wege vom Winde durchge-  
rüttelt. So stark weht der Wind zwischen den spärlichen  
Näusern, daß von allen Seiten das Baumgestrepp wie  
schäumend auf uns einschlägt. Ach, man ist nicht für die großen  
Ereignisse geschaffen!

Im Zimmer zunächst das schnurrende Geräusch eines  
Holzfeuers und eine fast widerwärtige Dipe. Ein Duft von  
Aether und Kampfer packt mich an der Kehle. Menschen, die  
ich kenne, stehen um das Bett herum. Sie wenden sich an  
mich, sie sprechen alle zugleich auf mich ein. Ich blüde mich,  
um Lauten anzusehen. Sie ist in das weiße Bettzeug ein-  
gemummelt und unbeweglich wie ein Marmorstück. Ihr Kopf  
ist in das hohle Kopfkissen hineingegraben. Ihre Augen sind  
halb geschlossen, sie starren irgend wohin. Ihre Haut ist schon  
dunkel geworden. Jeder Atemzug raffelt in ihrer Kehle.  
Sont ist nur dieses schmächtige Regen in ihrem Kehlkopf und  
auf ihrer Lippe bemerkbar. Denn ihr winziger und gebrechlicher  
Leib, bewegt sich nicht heftiger, als ein Puppenleib. Sie ist  
ohne Nachthaube. Graue Haare kriechen, kleinen Staub-  
klümpchen gleich, über ihren Schädel.

Einige Stimmen erklären zugleich, was geschehen ist:  
Es war ein doppelter Schlaganfall und auch das Herz ist ge-  
troffen worden. Schüttelfrost und Ohnmacht, das alles hat  
sich endlos und schrecklich über meine Lante hergemacht. Zu-  
erst hat sie phantasiert und von mir gesprochen, dann ist sie  
plötzlich eingegangen. Der Arzt hat keine Hoffnung mehr.  
Er wird wiederkommen. Pfarrer Piot ist um 5 Uhr  
gekommen.

Schweigen schwebt rings herum. Eine Frau legt ein  
Holzschiff in den Kamin. Das fällt in den blendenden  
Flammensturm, der aufgerollt und mit seinem Widerschein  
das Zimmer von der Decke bis zum Grunde umflutet.

Lange betrachte ich dieses Gesicht, auf dem sich herzer-  
reichend Häßlichkeit und Güte vermengen. Ich suche diese  
Augen, die schon fast geschlossen sind, und deren Licht sachte  
erstarbt. Etwas Dusterbelastetes, hervorquellend aus ihr selbst,  
breitet sich über ihren Leib, sie wird entstellt von einem  
Schatten, den ihr Inneres auswirft. Jetzt merkt man erst,  
wie tief sie schon abgenutzt war, und daß sie nur noch durch  
ein Wunder standgehalten hat.

Diese Frau, die ausgeliefert ist letzter Warten und letztem  
Urteil, sie war nun allein dieses Lebens, das sich zwanzig  
Jahre lang um mich gekümmert hat. Zwanzig Jahre lang.  
Bei der Hand hat sie mich geführt, beim Arme hat sie mich  
geführt, sie hat mich verhindert, daß ich jemals begriffe, wie

sehr ich Waise war. Sie war so lange gebrechlich und ver-  
schumpelt gewesen, und sie war doch größer und stärker und  
besser gewesen als ich! Und ich erinnere mich nun in diesem  
Augenblicke, da ich mit einem einzigen Blick die Vergangen-  
heit überblicke, daß sie, einer alten Zauberin gleich, die  
Dinge meiner Kindheit verschönt hat. Und ich senke das  
Kopft, und ich denke an diese unermüdblich liebende  
Bewunderung, die sie mir entgegengebracht hat. Wie sie mich  
geliebt hat. Ja, wenn noch ein Schimmer des Bewußtseins  
in ihrem Innern übrig bleibt, dann muß sie mich jetzt noch  
lieben. Das werde ich nun werden, da ich ganz allein sein  
werde. Sie war so überladen mit Herzengedühl, sie war so  
überladen mit dem Fleiß ihrer Hände! In hundert Einzel-  
heiten wadit ihr Handel und Wandel wieder vor mir auf.  
Ganz niedergeschmettert bleibe ich und betrachte den Teefessel  
und die Feuerzange und den großen Kochlöffel und all die  
Gegenstände, die sie zu handhaben pflegte, so wichtig und ge-  
schwätzig. Alles das ist ihr entfallen, alles das ist nun ge-  
lähmt und stumm.

Wie im Traume geschieht es, daß ich rückwärtsgehe in  
unsere Lebenszeiten zurück, da sie gesprochen hat, da sie ge-  
schrien hat, zurück in unsere Jugendzeiten, zurück in unsere  
Früh- und Frühlingszeiten. Und während ich diese düstige  
farbige Reihe von Erscheinungen wieder enthüllen möchte,  
starre ich auf den Flecken ihrer Hand. Ganz dunkel ist diese  
Hand schon geworden, sie ist nur noch der Schatten einer  
Hand, der auf dem Bettuch lastet.

Umhüllt werden meine Augen. Ich sehe unseren Garten  
wieder und es ist in den ersten schönen Tagen des Frühlings.  
Dort hinter dieser Mauer liegt unser Garten. Er ist so schmal,  
daß er sich ganz und gar in unseren beiden Fenstern spiegeln  
kann, wenn die Sonne diesem Spiegelbilde hilft. In unserm  
Garten stehen nur zwei Pflanzen, eingesperrt in den Käfig  
ihrer Töpfe, und außerdem wachsen dort noch die drei Stachel-  
beersträucher, die seit Menschengedenken dort gewesen sind.  
Auf den Zweiglein wiegt sich, anzusehen wie ein künstlich aus  
Stoff hergerichteter Kleinod, ein Rotkehlchen, es wiegt sich  
auf den strahlenden Fährlein. Wirlton, unser rotkehliger  
Zaghdhund, der so lang und hager ist, daß man meinen möchte,  
er sei ein ungeheurer Schnellläufer, wärmt sich in der Sonne.  
— Am Sonntag pflegt er auf dem Lande Kaninchen nachzulaufen.  
Aber er hat noch niemals ein Kaninchen erwischt. Er hat immer  
Höhe eingespargen. — Und damals war es, da war ich noch so  
klein, daß ich beim Spazierengehen immer hinter Lauten  
zurückblieb. Dann kehrte sie sich nach mir um, und sie hob  
an einer Beugung die Hände hoch und ich haßte zu ihr  
hin und sie beugte sich zu mir und sie rief mich bei meinem  
Namen. — —

(Fortl. folgt.)

Die Behandlung der Deutschen in den Gefangenenlagern spricht jeder Menschlichkeit Hohn.

Ein Vertreter des Kriegsministeriums erwidert, daß der Staatsregierung diese völkerrechtswidrige Behandlung mehrerer Gefangener in den polnischen Gefangenenlagern bekannt ist. General von Hammerstein hat in Spa kürzlichen Einspruch dagegen erhoben, der

französische General hat noch keine Antwort

gegeben. (Hört, hört! rechts.) Beim Obersten polnischen Staatsrat ist gleichfalls Verwahrung eingelegt worden.

Abg. Dr. von Richter (D. Rp.) begründet eine förmliche Anfrage nach den Grundsätzen der Regierung bei Anstellung und Entlassung von Staatsbeamten und nach den Zulicherungen für neue Beamte in Bezug auf Gehalt, Ruhegehalt und Hinterbliebenenversorgung. Reverdin scheint es, daß nicht mehr Treue und Pfllichterfüllung den Beamten das Verbleiben und Fortkommen im Staatsdienst sichert, sondern die politische Gesinnung.

Minister des Innern Seine:

Der Abg. von Richter hat sich gegen Bestimmungsmäßigkeit und Unzulässigkeit der jetzigen Regierung gewandt. Dabei ist er selbst ein Beispiel für unsere weitgehende Duldsamkeit. (Sehr richtig! links.) Wir sind der Ansicht, daß jeder Beamte das Recht hat, innerhalb der Grenzen des Gesetzes seiner politischen Überzeugung gemäß zu handeln.

Zur Tätigkeit eines Beamten gehören Kenntnisse, Erfahrung und Persönlichkeitswerte.

Man kann nun diese drei Dinge nicht nach Art eines Apothekerrezeptes verteilen und sagen: so und soviel Gramm Kenntnisse, so und soviel Gramm Erfahrung und so und soviel Gramm Persönlichkeitswerte. Wir müssen nach anderen Maßstäben urteilen. Wir müssen Beamte haben, die das Vertrauen der Bevölkerung genießen. Nur unter diesem Gesichtspunkt wird von uns verfahren und wir prüfen da mit äußerster Sorgfalt und überlegen uns jede Anstellung zehnmal und noch mehr.

Eine tüchtige Persönlichkeit ist jetzt die Hauptsache,

überwiegende Genies haben wir nicht in so großer Zahl. Ich schähe die Leistungen der Beamten mit Fachkenntnissen und Routine außerordentlich und für diesen Beamten dankbar, daß sie diese Eigenschaften dem neuen Regiment vorurteilslos zur Verfügung gestellt haben. Wer heute kommt man mit Fachkenntnissen und Routine nicht aus, heute gehört ein Herz dazu für die neuen Dinge, Entschlußkraft, guter Wille, etwas Neues zu tun. (Beifall links.) Wir erklären also, daß wir niemanden seiner Gesinnung wegen verfolgen, und daß die Anstellungen nicht geschehen nach der Jügendgröße zu einer Partei. Wohl aber brämen die früheren Gewerkschaftsführer und Parteiführer etwas mit, was sie nach jahrelanger Arbeit an die Spitze ihrer Organisationen geführt hat, nämlich die Fähigkeit,

mit Menschen und unter Menschen zu arbeiten und zu leben.

Diese Männer besitzen Eigenschaften, die sie auch zur Bekleidung leitender Staatsämter fähig machen. Das ist keine Gewalttätigkeit der Regierung, sondern der Ausdruck des Volkswillens. (Beifall.)

Abg. Lüdemann (Soz.) Ist der Regierung bekannt, daß technische Angestellte wegen ihrer Tätigkeit im Gemeinbedienst vielleicht entlassen worden sind?

Minister Seine: Es gibt kein Gesetz, welches es einem Arbeiter unmöglich macht, einem Angestellten wegen seiner Tätigkeit als Stadtverordneter zu kündigen.

Dienstag 1 Uhr: Fortsetzung, vorher keine Anfragen, Gemeinderat der Frauen, keine Vorlagen.

Schluß 6 1/2 Uhr.

Verhandlungen im Verkehrsstreik

Auf Veranlassung des Transportarbeiterverbandes haben am Freitag um 6 Uhr abends Verhandlungen begonnen, deren Ergebnis uns zur Stunde noch nicht vorliegt, denen aber das gesamte arbeitende Groß-Berlin vollen Erfolg wünscht.

Wolff meldet noch in später Stunde:

Die Lage scheint nunmehr so weit geklärt, daß auf beiden Seiten der Wille besteht, direkt miteinander zu verhandeln. Heute vormittag hatten die Streikleitung wie auch Baurat Otto von der „Großen Berliner“ Verhandlungen mit dem Zentralvorstand des Transportarbeiterverbandes.

Neim Vollzugsrat laufen täglich Rundgebungen von Groß-Berlin ein, in welchen die Arbeiter ihren Unwillen im Ausdruck geben, weil der Arbeitgeberverband so wenig entgegenkommen sei.

Ein Straßenbahner schreibt uns: Wäre es nicht vorstellbar, den Streik abbrechen und den Schiedspruch des Hauptausschusses zu hören, um wenigstens noch zu retten, was zu retten ist? Oder soll bis zum weihluten gestreikt werden? Ich habe überhaupt jeden Streik in jegiger Zeit als nationales Unglück an.

Groß-Berlin

Beamte und Arbeiter.

Zu unserem Artikel „Die mitleidenden Staatsbeamten“ erhalten wir folgende Zuschrift, die wir der Gerechtigkeit halber wiedergeben:

Der Herr Einfelder hat sich gerade einen unwehrbaren Schloffer ausgesucht. Aber die Verheirateten! Mein Mann ist Bahnarbeiter. Er hat den Monat 415 Mk. Verdienst, das ist aber auch alles, da gibt es kein Wohnungsgeld, keine Feuerzulage. Davon müssen 7 Personen leben, 4 Kinder im Alter von 9 bis 18 Jahren und meine alte Mutter. Der Herr führt seine frühere Laufbahn mit auf; ja, das hat ja jeder nach seinem Ermessen tun dürfen, denn jeder wählt sich seinen Lebensberuf. Doch schließlich nach freiem Ermessen, er weiß ja, was der Staat für Gehälter gezahlt hat. Wer hat all die Männer und deren Familien während des Krieges gestützt, wie sie zurechtkommen, da mußten wir Frauen selbst sehen, wie es geht. Nun noch von den Zuwendungen, die die Eisenbahner erhalten! Mein Mann hat von Januar bis heute folgendes erhalten: vier mal ein Paket König zum Preise von 1 Mk., der aber nicht immer einwandfrei war, zweimal je 2 Feringe, Stück 50 Pf., 1/2 Pf. Kaffee zu 760 Mk., 1 Pf. Wappsteinen zu 2,50 Mk., ein Stück Kriegsgeld zu 20 Pf., 100 Gramm Butter und Kriegsmehl, das Pfund zu 1 Mk., welches verbraten war, und Büchsenfleisch, auch verbraten. Zuletzt gab es nun aber noch 1 Pf. Speck und auch Schmalz. Das ist alles, was seit Januar ausgegeben wurde.

Verdoppelung der Kriegsgeldbescheide der künftigen pensionierten Beamten, Angestellten und Arbeiter. Der Magistrat hat beschlossen, die Kriegsgeldbescheide, die die im Ruhestand befindlichen künftigen Beamten, Angestellten und Arbeiter schon bisher neben ihrer Pension (Ruhegeld) erhalten, und die Kriegsgeldbescheide, die die Hinterbliebenen neben ihren Hinterbliebenenbezügen erhalten, zu verdoppeln. Außerdem wird die Bewilligung der Kriegsgeldbescheide nicht mehr von dem Nachweis der Bedürftigkeit abhängig sein. Die erhöhten Bezüge sollen vom 1. Januar 1919 ab gezahlt werden. Stadtverordnetenbeschluss steht noch aus.

200 Gramm Sonderzucker. Nachdem der Reichsernährungsminister vor wenigen Tagen erklärt hat, daß eine Verbesserung der Lebensmittelversorgung zu verbilligten Preisen eintreten soll, wird zur Befriedigung des dringendsten Hungers im Laufe des Juli eine einmalige Sonderzulage von ausländischem Speisefett in Höhe von 200 Gramm ausgegeben werden.

Zuschüttung des Wilmerdorfer Sees? Der Wilmerdorfer See, der durch seine unangenehmen Ausdünstungen sich zu einer wahren Plage der Anwohnerschaft entwickelt hat, wird in einigen Jahren wahrscheinlich von der Wildflut verschlungen und die Wilmerdorfer Stadtbäder ein ständiges Vergnügen los sein. Nach Berechnung würden die Zuschüttungsarbeiten etwa 2 Jahre in Anspruch nehmen, doch sei aus Rücksicht auf die Anwohner eine Verzögerung dieser Frist anzustreben.

Eine „zeitgemäße“ Erscheinung im Berliner Straßenbilde ist der auffallend häufig auftretende Student mit zerhacktem, verflehtem Gesicht, schwarzen Handagen und womöglich noch schwarzem Seidentasch auf dem Kopfe. Stolz wie die Spanier schauen diese hohlköpfigen, traurigen Mensurhelden um sich, als bilde ihr so offiziell zur Schau getragener „Mut“ einen hoffnungsvollen Faktor für Deutschlands Zukunft! „Heb' Aug' und Hand fürs Vaterland!“ Dieses Motto einer vergangenen hurrapatriotischen Zeitperiode wird dreist und frech von den „Besten des Volkes“, wie sie sich selber schimpfen, von lebendigen Reklame-Säulen, wie die marktschreierischen Plakate einer Romantientruppe, durch die Straßen getragen zum Vergnügen aller vernünftigen Leute, denen alles, was an Massenmord und Kriegsgelieb erinnert, zum Ekel ist, die hoffend alle Anzeichen begrüßen, daß auf die zukünftige Verlegung von Vorkriegswippen auf friedlichem Wege und mit den Waffen des Geistes hinweist.

Falsche 50-Mark-Scheine? Man schreibt uns: Mein Mann bekommt sein Gehalt in 50-Mark-Scheinen ausgezahlt. Ich, die Frau, muß nun sehen, wie ich diese Scheine wieder los werde. Ein Kaufmann erklärt mir diesen der andere jenen für falsch. So geht es alle Tage. Nun wird man auch noch mit falschem Geld gehetzt. Der falsche Geldschein rechnet beim Gehaltzahlen doch auch. Wo kommen denn die vielen falschen Geldscheine her? Es sieht aus, als ob es eine Modekrankheit ist.

Es scheint uns auch bald so. Wo fünfzigmarktscheine ohne weiteres zurückgewiesen werden, sollte unbedingt die Polizei benachrichtigt werden. (Die Red.)

Seuchenherde in Berlin. In den Blockfluren der Stadt prangen rote Plakate, in welchen auf die Gefahr der Fleckfieberverbreitung durch Läuse hingewiesen wird. Die zahlreicheren, von auswärts kommenden entlassenen, heurückten und durchreisenden Soldaten, die ausnahmslos entlausen eintreffen, erhalten nun Nacht-Logis durch die Kommandantur angewiesen, entweder am Schließlichen Bahnhof, oder im Ordonanzenhause in der Reuen Königstraße. Beide Unterkunftsstellen sind total verlauset. Der gleiche Uebelstand soll in einer ganzen Anzahl herbergsmäßig betriebener Gasthäuser obwalten, worauf die Behörden aufmerksam gemacht seien.

Die Fälle, daß Kinder beim Spielen von den steilen Uferböschungen ins Wasser fallen, mehren sich in erschreckender Weise. So sind allein am Engelstein in kurzer Zeit drei Kinder ins Wasser gefallen und ertrunken. Gestern fiel wieder ein Knabe an der Pischelsträßbrücke ins Wasser, konnte jedoch noch gerettet werden. Nun wird aber die Rettungsmöglichkeit bei den hohen gemauerten und steilen Uferböschungen sehr erschwert, da die meisten Rettungsringe gestohlen oder aber bedrohen vom Magistrat entfernt worden sind. Auch an Rettungsleihen mangelt es vielfach. Die Gitter müßten zum Schutze der Kleinen mit starkem Drahtgitter versehen werden. Sollte sich die Anbringung von Rettungsringen an öffentlichen Plätzen zurzeit nicht empfehlen, wäre es vielleicht ratsam, diese in der Nähe von Brücken bei Geschäftsleuten oder Behörden unterzubringen, wo sie jederzeit erreicht werden können.

Bei der Rettung ertrunken. Bei der Rettung von drei Personen ist vor einigen Tagen der Telegraphensekretär Jeserich aus Berlin ertrunken. Der Beamte befand sich mit Frau und Tochter in der Buschmühle bei Frankfurt a. O. auf Sommerwohnung. Die Frau und die beiden Töchter des Buschmühlenswirtes hatten auf einem Boot einen Ausflug auf der Oder unternommen und dabei schlug das kleine Fahrzeug ein Wellenwirbel eines vorüberkommenden Dampfers um und die drei Personen stürzten ins Wasser. Jeserich hatte den Unfall mitangesehen, sprang sofort in die Fluten und es gelang ihm, die drei Frauen zu retten. Als er dabei die letzte Person in das seichte Wasser stieß, versank er pflichtig. Die Leiche des Bedauernswerten ist bisher noch nicht gefunden worden.

„Anderer als Andere“. Seit einiger Zeit kann man auf nördlichen Märkten durch Groß-Berlin häufiger mit gewissen „Angeboten“ belästigt werden. Bekanntheit werden solche „Anbiederungen“ besonders gern auch zu Erpressungszwecken gesucht. Jetzt hat man drei gefährliche Kerle dieser Sorte, die auch mit dem Revolver arbeiten, verhaftet. Sie heißen Hans Krüger, Robert Süß und Alfred Erich.

Zu einer Schieerei zwischen Einbrechern und Polizeibeamten kam es in der Nacht zum Freitag wieder in der Schulstraße in der Nähe der Egerstraße. Eine Patrouille stieß vor dem Grundstück Schulstraße 63 auf eine sechsköpfige Einbrecherbande, die, als der Begleit und der Polizeibeamten sie stellte, auf diesen und die Beamten schossen. Letztere erwiderten das Feuer und so entstand eine heftige Schieerei, bei der zwei Einbrecher und ein Beamter verwundet wurden. Die verletzten Einbrecher, Otto Schmidt und Richard Schmidt, beide aus der Malplauerstraße 7, wurden nach der Charité gebracht. Die anderen entkamen. Sie scheinen auch verwundet oder aber durch den Hund gebissen worden zu sein. Polizeiwachmeister Hildebrand erhielt einen Streichhieb.

Elf Wochen unschuldig erittener Untersuchungshaft wegen Mordverdachts. Der Rechtsanwalt des Gattwirts Böhle in Lüdenberg teilt uns mit: In dem Verfahren über den Kaufmord an der Witwe Fickert in Wendisch Buchholz war von beiden Mordern Gebrüder Hanschild der Gattwirt Otto Böhle aus Berlin-Lichtenberg, Scharnweberstr. 44, als Haupttäter beschuldigt worden und in Untersuchungshaft genommen. Die Verurteilung des Böhle wurde schnellstens verdrängt. Der Gattwirtschaft, die während der Haft des Beschuldigten von seiner Gattin weitergeführt wurde, überlebte die Kunden fern, so daß Böhle geschäftlich ruiniert worden ist. Nach teilweiser Erhebung des angebotenen Alibi-Beweises haben die Gebrüder Hanschild, die dem Böhle noch heute gänzlich unbekannt sind, gestanden, daß sie die Witwe Fickert allein umgebracht und Böhle ohne den geringsten Grund der Mittäterschaft beizichtigt haben. Nach elf Wochen Haft verläßt ein körperlich und seelisch gebrochener, geschäftlich auf das schwerste geschädigter Mann das Untersuchungsgefängnis.

Kriegsbeschädigten-Vertrauensleute, Siemenshager. Montag, 14. Juli, 4 1/2 Uhr, Charlottenburg, Volkshaus, Köpenickerstraße, wichtige Besprechung.

Romanow. Gemeindevorsteherwahl. An Stelle des von hier verzogenen G. S. Pawlowitsch (S.) wurde der G. S. Fürtterer (S.) neu eingeführt. Logoborduna: Die Lebensmittelversorgung und Bewilligung eines weiteren Kredits für die Kriegswirtschaftsfürsorge. G. S. Nathan (Dem.) sprach über die Kriegsfürsorge, die bald die Kriegszulage ins Leben rief. Durch große Einkäufe von Schmalz sei niemals feillos gelocht worden. Von den ausgegebenen Portionen wurden über eine Million kostenlos verabfolgt, wodurch sich ein Zuschuß nötig machte. Seit dem 1. Juli sind die Küchen vorläufig geschlossen. Für das zum Verkauf kommende Pferdeschmalz haben sich 4000 Einwohner eintragen lassen. Die Portionmenge soll vom 1. August ab von 70 auf 120 Gramm erhöht werden. In der Kartoffelversorgung wird nur

eine Unterbrechung von 14 Tagen eintreten. Der Verlauf von Herbstgemüse wird die Gemeinde wieder übernehmen, da die Lieferung des freien Handels versagt hat. Zu dem bisherigen Kredit von 500 000 Mk. verlangt Redner noch 500 000 Mk., um größere Einkäufe zu jeder Zeit machen zu können. In der Diskussion erklärte G. S. Bolter (U. S.), daß in der Kriegsfürsorge alles geprüft und in tadelloser Ordnung sei. G. S. Rappas (Dem.) sprach sich im Rahmen seiner Fraktion gegen eine weitere Kreditbewilligung aus. Nachdem noch die G. S. Schröder (U. S.), Kuh (Dem.), Osmer (S.) und Schöffe Neumann für die Bewilligung sprachen, wird der geforderte Kredit von weiteren 500 000 Mk. angenommen. Ebenfalls fand der Antrag zum Gattwirtsvertrag Annahme. Der Potsdamer Tagezeitung und der Zeitung für Romanow die Vierteljahrszulage zu bewilligen wurde zugestimmt.

Groß-Berliner Lebensmittel.

Berlin. Amerikanische Speckwaren künftig nicht mehr ausschließlich mit 1/2 Pfund, sondern alle zwei Wochen mit 1/2 Pfund pro Kopf. Erste Ausgabe in dieser Weise in der Woche vom 14. bis 20. Juli auf 2 1/2 Pfund U oder D der Berliner Bezugskarte, vom 18. Juli ab auf 1 1/2 Pfund H, Kilogramm Feringe. — Käseverteilung: Bis Montag, 14. Juli 1919, an die Kunden, in den Speisekartellstellen in den Bezirken der 178., 218., 242. Kartellkommission, pro Kopf 125 Gramm Käse. — In der Woche vom 14. bis 20. Juli Verteilung gegen beide Abchnitte B 0. — In der nächsten Woche Zulageportionen von 125 Gramm Margarine. Margarine in der nächsten Woche gegen Vorlegung der ab 7. Juli gültigen Speisekarte. Auf Abchnitt 51 für die Woche vom 7. bis 13. Juli 1919 aufgetragene Kartoffelstellen lediglich in den Kantinentengeschäften mit Ausnahme der Konsumgenossenschaft ausgegeben. Verkauf der Kartoffelstellen zum 19. Juli. Auf Abchnitt 46 nicht nur Getreide, sondern auch Heierkoden. Ertrag für Kartoffeln in der Woche vom 14. bis 20. Juli 1/2 Pfund Brot und 1 Pfund Kartoffelstärke; Brot auf Abchnitt 53. Brote in jeder Berliner Bäckerei, Kartoffelstärke in den Kleinhandels-geschäften, in denen der Verkäufer den Abchnitt 48 der allgemeinen Berliner Lebensmittelkarte zum Bezuge von Nahrungsmitteln vorlegt. Kartoffelstärke mit den Abchnitten 29 vorlegen. Die Gültigkeitszeit der Abchnitte 27 a—s und 28 a der Berliner Lebensmittelkarte wird bis zum 20. Juli verlängert, ferner der Bezug der 5 Pfund Kartoffeln auf Abchnitt G der Berliner Bezugskarte.

Buchholz. Vom 7. bis 13. Juli auf Abchnitt 50 750 Gramm Brot. Auf Nr. 37 der jugendlichen Karte 150 Gramm Kartoffelstärke (40 Pf.). Veranlagte 150 Gramm Nahrungsmittel (34), 250 Gramm Nahrungsmittel (35) können abgeholt werden. Auf Abchnitt 17 ein Fering für 93 Pf.

Romanow. Griech 250 Gramm auf Nr. 28. Reis 125 Gramm auf Nr. 48, ausländisches Getreidemehl 250 Gramm W 8, Suppen 250 Gramm Nr. 13 (Blau). Kartenabchnitte Nr. 89, 45, 28, 13 Montag und Dienstag, den 14. und 15. abgeben. — Seefische 12. Von 8—1. Rudon Nr. 812—1300, Krommet 2228—2200, Stegner 7599 bis Schlus und 1—500, Stuhlmann 1303—2200, Wäfler 1241—2200. Von 3 Uhr ab Seefische marktfrei. Schokolade 14. 8—1. Kaffee, Zimmer 7, gegen Abchnitte pro Kopf 1 Tafel Kaffee und amerikanische Milch Nr. 15 und 16. 8—1. Kaffee, Zimmer 7, 125 Gramm Kaffee, 1 Dose Milch gegen blauen Kauswert oder Bewilligungsschein. 15. A—K, 16. L—Z.

Stralen. Für Jugenblicke 250 Gramm Gruppen, 125 Gramm Weichkäse und 2 Dosen kondensierter Milch (37, 50) und 125 Gramm Reis und 1 Packchen Buddingpulver (39). — 100 Gramm Nudeln und 100 Gramm Suppen (40). 500 Gramm Rühmehl. Abchnitt bis Mittwoch, den 16. Juli, abgeben. Abchnitt 14 (375 Gramm Butter) bis Mittwoch abgeben. — Im Besitzt von Frau Hofmann, Marktgraben 11, für Kinder bis zum 6. Lebensjahre 125 Gramm Reis und 1 Packchen Buddingpulver gegen Abchnitt 14.

Varicendorf. Dienstag, 15. Juli, nochmals Kleidungsstücke, Bett- und Leibwäsche aus Lagerbeständen. Im Rathaus 8—12 und 3—7. Abgabe nur an die Eigentümer mit Jahresbescheinigung bis 6000 Pf. Ausberechtigungsschein im Zimmer 16 des Polizeibehördenbüros (Steuerverbureau) gegen Einkommensnachweis. Bei dem letzten Verkauf Wäsche bezogen hat, kann diesmal nicht mehr berücksichtigt werden. Einwohner, welche das ausländische Fleisch nicht beziehen, erhalten dafür 1 Pfund Gullenswürste.

Gerichtszeitung.

Amtsmissbrauch?

Als einen groben Eingriff in das gesetzlich verbürgte Berufsgeheimnis der Rechtsanwältin wird in einer Beschwerde an den preussischen Justizminister ein Vorkall bezeichnet, der sich am Mittwoch in dem Bureau eines hiesigen Rechtsanwalts abspielte. In dem Bureau des Rechtsanwalts Dr. J. erschien während dessen Abwesenheit ein Kriminalbeamter in Begleitung eines zweiten Mannes und erklärte dem Bureauvorsteher, daß er im Auftrage des Untersuchungsrichters Krüger eine Hausdurchsuchung vorzunehmen habe, um Belastungsmaterial in der Frauenbankaffäre zu beschlagnahmen. Nur dem ganz energischen Einspruch des Bureauvorstehers war es zu verdanken, daß der Kriminalbeamte unrichtiger Sache wieder abzog. — Seitens des Verteidigers ist sofort bei dem Präsidenten des Landgerichts III, als Dienstaufsichtsbehörde des Untersuchungsrichters, ferner bei der Beschlusskammer des Landgerichts III und schließlich bei dem Justizminister Beschwerde erhoben, mit dem Antrage, eine Disziplinaruntersuchung einzuleiten.

Münderungen vor dem Kriegsgericht.

Zwei Fälle von Münderungen von Geschäftsläden beschäftigten gestern das Kriegsgericht. In dem ersten Fall handelte es sich um die Münderung des Schuhwarengeschäfts von O. in der Kurmtstraße. In dem zweiten Stadteil war das Gerücht ausgebreitet, daß L. Stiesel hinterherum zu hohen Preisen verkaufe und auch Schiebergeschäfte mit Zigaretten mache. Am 24. Juni stürzte plötzlich eine Menschenmenge den Laden, schlug die Scheiben entzwei und warf die Waren zum Teil auf die Straße hinaus. Da auf der Revierwache nur ein einziger Schutzmann anwesend war (!), wurden Regierungstruppen alarmiert. Sie nahmen fest: die arbeitslosen Gelegenheitsarbeiter Russinski, Kometowski, die Produktenhändlerin Winkler, die Straßenbahn-schaffnerin Berner und das Lehrmädchen Hall. Ferner war auf der Unfallstation der Arbeiter Mapple verhaftet worden, der sich beim Zertrümmern der Scheibe die Hand verletzt hatte. Vor Gericht betonten die Rechtsanwältin, daß dem Gericht nichts anderes übrig bleiben werde, als die Angeklagten, da die richtigen Täter wieder nicht gefast seien, freizusprechen, da jeder Beweis fehle, daß sie sich an den Münderungen beteiligt haben. — Annappe wurde zu 9 Monaten Gefängnis verurteilt. Die übrigen Angeklagten, gegen die der Staatsanwalt Gefängnisstrafen bis zu 1 1/2 Jahren beantragt hatte, wurden freigesprochen. — Ein ähnliches Schicksal hatte die zweite Verhandlung, in welcher es sich um die Münderung des Kolonialwarengeschäfts von H. in der Ansbildensirasse handelte. Zwei der Angeklagten, bei denen Waffen und gerauchte Konfektbüchsen gefunden worden waren, wurden dem ordentlichen Gericht überwiesen, die übrigen Angeklagten wurden freigesprochen.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

13. und 14. Juli. Sonntag, den 13. Juli, gemeinsamer Ausflug nach Hiesgarten. Treffpunkt nachmittags 2 Uhr im Restaurant „Zum Uhlenturm“ beleibt.

30. Juli. Morgen Sonntag Familienausflug. Treffpunkt früh 6 1/2 Uhr bei Oranau, Stollheimer Str. 20. Abfahrt vom Ringbahnhof Schönhauser Allee um 7 30. Abfahrt Gesundbrunnen 8 Uhr nach Birkenwerder-See und Dramenburg. Nachzügler treffen sich mittags in Berlin.

Stegle. Das Sommerfest muß unerberechneter Umstände halber auf den 17. August verlegt werden (nicht 10., wie ursprünglich geplant). Es findet mit Kinderbeteiligung, Konzert des Berliner Tonkünstler-Orchesters unter Mitwirkung von Mitgliedern des Arbeiter-Sängerbundes statt. Programme sind in der nächsten Mitgliederversammlung erhältlich. Parteilosen, agiert für G. u. r. Sommerfest.

Jugendveranstaltungen.

Schöneberg. Sonntag Wanderausflug Bienenwerder-Bezirks-Verein. Treffpunkt: Sonnabend abend 6 1/2 Uhr Kaiser-Wilhelm-Platz. — Dienst



**Lessing-Theater**  
Sommerplatz: H. Sternberg.  
Gastspiel Guido Thielscher:  
8 Uhr: Charleys Tante.

**Deutsches Künstler-Theater.**  
Allabendlich 8 Uhr:  
Max Adalbert in:  
Die Kutschbahn.

**Deutsches Theater.**  
7 1/2 Uhr:  
Auch ich war ein Jüngling ...  
(Schwank).

**Kammerspiele.**  
Allabendlich 8 Uhr:  
Leopoldine Konstantin in:  
Das Weib u. der Hampelmann.

**Theater des Westens**  
Allabendlich 8 Uhr:  
Mia Werber und Hans Wassermann in:  
Die Geisha.

**Central-Theater**  
Kommandantenstraße 57.  
7 1/2 Uhr: Die Schönste von Allen.  
Deutsches Opernhaus  
7 Uhr: Tiefland.  
Friedr.-Wilhelmst. Theater  
7 1/2 Uhr: Der Dämon.  
Kleines Theater.  
7 1/2 Uhr:  
Unter dem Baum der Erkenntnis  
Komische Oper  
7 1/2 Uhr: Schwarzwaldmädel.  
Lustspielhaus  
7 1/2 Uhr: So ein Mädel.  
Metropol-Theater.  
7 Uhr 20: Die Faschingstee.  
Neues Operettenhaus.  
7 1/2 Uhr: Die Dame vom Zirkus.  
Palast-Theater  
7 1/2 Uhr: Weinende Erben.  
Oper. in 3 Akt v. R. Danziger.  
Schiller-Theat. Charl.  
7 1/2 Uhr: Alt-Heidelberg.  
Thalia-Theater  
7 1/2 Uhr: Jungfer Sonnenschein  
Th. am Nollendorfsplatz  
7 1/2 Uhr: Die Anne-Lise.  
7 1/2 Uhr: Die Puppe.  
Theater d. Friedrichstadt  
8 Uhr: So eine Frechheit.  
Versicherung gegen Einbruch.  
Ein Potpourri.  
Wallner-Theater  
7 1/2 Uhr: Das Gesetz.

**Theater I. d. Königgrätzerstraße**  
1/2 Uhr: Der Häuptling.  
**Komödienhaus**  
Gastspiel Lucie Häußlich  
8: Liselott von der Pfalz.  
**Berliner Theater**  
1/2 Uhr: Die tolle Komtesse.  
**National-Theater**  
8 Uhr: Sturm. Erfolg 8 Uhr  
**Familie Hannemann.**  
**Luisen-Theater.**  
7 1/2 Uhr: Wenn Frauen lieben  
Sonntag 3 Uhr:  
Ehr glücklich. Familienvater  
Täglich abends 7 1/2:  
**Wenn Frauen lieben.**  
**Residenz-Theater.**  
Untergrund. Klosterstraße.  
Ausgang Stralauer Straße.  
Täglich 8 Uhr. Zum 181. Male:  
**Das höhere Leben.**  
Schauspiel von Sudermann.  
Regie: Alfred Röhrer.  
**Walhalla-Theater.**  
7 1/2 Uhr:  
Die Frau des Debutanten.  
**Rose-Theater.**  
Täglich 7 1/2 Uhr:  
O schöne Zeit, o selige Zeit  
7 1/2 Uhr Gartenbühne:  
Das sieht sich jeder an.  
Vorher Konzert u. Spezialität.  
**Voigt-Theater**  
Bodestraße 38. 7 1/2 Uhr:  
**Frühlingsluft.**  
Vorher:  
**Variété-Vorstellung.**  
Eröffnung 3 Uhr. Anfang 5 Uhr.  
Jed. Mittw. Ebd., Sonntag. Dst.  
**Trianon-Theater.**  
Bhf. Friedrichstr. Ztr. 4927.2391  
Tägl. 8 U. Heute z. 305. Male:  
**Der gute Ruf**  
von Hermann Sudermann.  
Sonntag 4 Uhr:  
**Johannistener.**  
**Berliner Prater**  
7/9 Rohrbornallee 7/9.  
Täglich:  
**12 Variété-Attraktionen**  
In der Tanz-Ball.  
Diese Ballen:  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Winter-Garten**  
Täglich 7 1/2 Uhr:  
**Variété-Spielplan**  
Rauchen gestattet!  
**Theater a. Kottbus. Tor**  
Allabendlich 7 1/2 Uhr:  
**Stille-Sänger**  
9 ehem. Mitgl. der  
Steininger Sänger  
Humor. Spielplan  
Sommerpreise!  
Blüthen-Konzert.  
**APOLLO**  
Friedrichstraße 218  
Dir.: James Klein  
7 1/2, 3/4, und 7 1/2.  
Letzter Gast-  
spiel-Monat  
der Gesellschaft  
**Anton**  
**Herrnfeld**  
mit der neuesten  
Schlager-Burleske  
**Nur nicht schießen**  
Vorh. Spezialitäten!  
Sonnt. 3/4. Jd. Erwachs.  
1 Kind frei!

**Reederei Kahnt & Herzer**  
Dampfer-Extra-  
fahrten ab Waisenbrücke.  
Jeden Mittwoch  
und Sonntag 8 Uhr: Teupitz (Tornow)  
Jeden Sonntag 8 1/2 Uhr: Krampenburg  
Wert. auch Sonnabend 2 Uhr: Krampburg. Neue Mühle  
Von der  
Oberbaumbrücke-Falkensteinstr.  
tägl. Dampferfahrten außer Sonntagen  
nach Woltersdorfer Schiffe  
und Neu-Serlingsdorf.  
Abf. Sonntag 8 U. vorm. und 2 1/2 U. nachm.  
Zwischen nur 9 Uhr vorm. Außerdem nach den Haltestationen  
jeden Dienstag nach Gerch. Mittwachs Glindeberg Alpen.  
Donnerstags Reblig u. Conrpeitz. Abf. 8 1/2 Uhr Reichstags-  
Ufer, Bahnhof Friedrichstraße. 9 Uhr: Charlottenburg-Regel-  
weg nahe Bahnhof Jungfernheide. (3990)  
Reederei KIECK, Berlin. — Telefon Moritzplatz 8197.

**Unterhaltungs-Restaurant**  
**Wien-Berlin**  
Jägerstr. 63 a.  
Hugo Just  
Franz Jungmann  
? Vettori ?  
Martin Löwe  
Georg Gau  
Kapelle Gustav Gottschalk  
Gute Küche — Gute Weine.  
Anfang 7 Uhr  
Eintritt frei.

**Zonndorf**  
Seite 723, Unter den Eichen 56  
Ab 1 Uhr mittags geöffnet!  
**Kaffee-Diele / Bar**  
abends erstangiger Restaurationsbetrieb  
**Nachmittag- u. Abend-Konzerte**  
Kapellen: Ushmann und Willy Reuter  
Schauspieler: Hüblicher Sommergarten  
Kongress: Dünnow-Schmidt-Saal  
Geschäftsführung: Lorenz-Betriebs  
Ed. Kuno Zonndorf

**Preuß.-Südd. Klassen-Lotterie**  
Ziehung 1. Klasse 15. u. 16. Juli 1919.  
5,25 10,50 21 42 M. u. Porto  
Hahn, Lotterie-Einnehmer, Berlin S 14,  
Prinzenstraße 79, am Moritzplatz.

Geöffnet von 8—6 Uhr.  
**Besonders vorteilhaftes**  
**Möbel-Angebot!**  
**Speisezimmer HerrensZimmer**  
1 Büfett Eiche 1 Bibliothek  
1 Kredenz " 1 Schreibtisch  
1 Ausziehtisch " 1 runder Tisch  
6 Stühle " 1 Schreibstisch  
Mark: 2850, 3750, 4500 2450, 3650, 4875  
etc. etc.  
**Schlafzimmer**  
1 Schrank mit Spiegel, Eiche  
1 Waschtisch mit Spiegel und Marmor  
2 Nachtschränke mit Marmor  
2 Bettstellen  
2 Patentböden  
2 Steilige Auflegematrassen mit Keilkissen  
2 Stühle  
1 Handtuchhalter  
M. 1875, 2650, 2950, 3875 etc.  
**Ständig große Ausstellung**  
von ca. 300  
Herrenzimmern, Speisezimmern, Schlafzimmern,  
Wohnsalons, Wohnzimmern, Küchen, Dielen etc.  
Leder-Möbel — Gobelin-Sofas und Sessel.  
Herzverwandte schöne, gediegene Ausführungen  
= einfacher, mittlerer und elegantester Art =  
Teppiche / Kronen / Kristall / Porzellan.  
Lombard-Bankgeschäft und Lagerspicherei  
**M. Schlewinsky & Co.**  
Berlin C, Dircksenstr. 31  
am Bahnhof Alexanderpl., Ecke Königsgraben.

**Gebrauchte Kontoreinrichtungen**  
zu kaufen gesucht.  
**Emil Heinicke Aktiengesellschaft,**  
Berlin SW, Königgrätzer Str. 72.

Für Betriebsunternehmer, Betriebsleiter, An-  
gestellte und Arbeiter!  
Gesetz erlassen:  
**Verordnung über Tarifverträge,  
Arbeiter- und Angestelltenausschüsse  
und  
Schlichtung von Arbeitsstreitigkeiten**  
vom 22. Dezember 1918  
nach Beratungen verhandelter Inhalts und  
Ausführungsbestimmungen. — Erlassen von  
J. Glöckert, Reichsminister und  
Regierungsrat im  
Reichsarbeitsministerium  
Dritte ergänzte Auflage.  
1919. Preis mit Einheitszuschlag 5,50 Mark.  
Verlag von Franz Vahlen, Berlin W 9, Unterl. 16.

**Vitte und Kloster a./Hiddensee**  
regelmäßige Dampfverbindung  
vom 10. Juni bis 31. August dieses Jahres  
durch Postdampfer „Caprivi“  
ab Stralsund werktäglich 4 Uhr nachmittags  
im Anschluß an den um 3.10 Uhr von Berlin eintreffenden  
Personenzug. Sonntag Abfahrt 1.30 Uhr nachmittags,  
ab Kloster täglich 7.30 Uhr morgens  
mit Anschluß an den Eilzug nach Berlin 12 Uhr mittags.  
Fernsprecher 195. 1159 L.  
Reederei Carl Wothke, Stralsund.

**Leder-  
Möbel-  
Fabrik**  
verkauft direkt  
ohne Zwischenhandel  
**Klubsessel  
und Leder-Sofas**  
in pr. garant. echt. Leder  
zu billigen Preisen.  
**Curt Roeder**  
Innungemeister  
Berlin SO 26  
Oranienstr. 25.

**Habe**  
**Bahn-Savignypfad**  
habe ich ein solides erbautes  
Resthaus mit schönen  
b- u- 6-Zimmerwohnungen,  
einer 7- und 9-Zimmer-  
wohnung mit einem Priet-  
ingang von ca. 44.000 Mk.,  
preiswert für 90.000 Mk. zu  
verkaufen. Käufer kann  
eine Wohnung von 4 oder  
7 Zimmern übernehmen.  
Küchens Durch.  
**Julius M. Bier,**  
Leipziger Straße 28,  
Zentrum 12250/33.

**Landhaus 5000 Mark**  
transportabel, in Holzbau, neu,  
verkauft Dickmann, W 57.  
**In Schmargendorf**  
habe ich ein reizvoll.  
kleines Grundstück  
mit Obstgärten zu  
verkaufen, in welchem  
eine 3- bis 5-Zimmer-  
wohnung per  
halb zu beziehen  
ist. Kaufpreis um  
E. 29 an die Haus-  
gebeliten des St.  
**Der Vorstand.**  
G. Bülgeke, Vorsitzender.

**Bayerischer Platz**  
In dessen nächster Nähe  
habe ich ein sehr schönes,  
modernes Wohnhaus mit  
Bor- und Hintergarten, ge-  
regelt Hypothek im  
Borderraus 3- bis 5, im  
Gartenhaus 2-Zimmer-  
wohnungen, ausgestattet  
mit allem Komfort, reich-  
lichem Nebenraum (zwei  
Bäder), Kamin, Holzofen  
etc.) bei einem Preis-  
einstieg von über 31.000 Mk.  
zum Preise von 37.000 Mk.  
zu verkaufen.  
**Julius M. Bier**  
Leipziger Straße 28,  
Zentrum 12250/33.

Zuverlässiges und neues  
Ausstattungs- u. Auswanderer-  
Teil I:  
Rauchfänge für Wasserdampfer.  
Teil II: **Wohn** kann man  
auswandern?  
Zul. Nr. 550 fest Sachnahme.  
Bollingerpl. 10/11, Verber  
Stuttgarter 75, Pfisterstraße 5,  
(Verisangabe).  
„Iduna“, Lebens-, Pensions-  
und Leibrenten-Versicherungsgesellschaft a. G.  
zu Halle a. S.  
Vermögen. Vermögensrechnung Ende 1918. Verpflichtungen.

**Bekanntmachung.**  
Diejenigen Bürger Einwohner,  
die am Montag, den 7. und  
Dienstag, den 8. Juli 1919, das  
für die Woche vom 30. Juni  
bis 6. Juli 1919 erscheinende  
amerikanische Wahl in der Ge-  
meindeverordnetenversammlung  
Ede. Jannemannstraße, ir-  
rümlich zum Preise von M. 0,84  
erhalten, haben den Unter-  
schreibensbogen zwischen M. 2,50  
und M. 0,84 mit M. 1,66 nach-  
träglich für den obengenannten  
Verkaufsstelle am Montag, den  
14. und Dienstag, den 15. Juli  
b. J., einbringend ihren Aus-  
weisnummern möglichst unter  
Vorlage des in Frage kommen-  
den Rollenartikels einzuzeigen.  
Berlin-Brick, den 10. Juli 1919.  
Der Gemeindevorstand.

**Bekanntmachung.**  
Als Ratzefflerer werden  
folgt auf Abschnitt 51 der  
Groß-Berliner Lebensmittel-  
tarif 250 Gramm gebildete  
Ratzefflerer je Person ver-  
abfolgt. 960 D.  
Die Ratzefflerer erhalten  
halten die Ware am Lagerplatz  
der Gemeinde von 3-3 Uhr  
täglich.  
Berlin-Brick, den 10. Juli 1919.  
Der Gemeindevorstand,  
Schmidgaden, Bürgermeister.

**Markenfreie  
Lebensmittel**  
ohne Befreiung an jeden  
Groß-Berliner Einwohner  
werden abgegeben:  
Gebäck: deutsche Hausbrot,  
Leibzug u. süß. per Pfd. 1,40 Mk.  
Gemüse-Belegen: beliebige Ware,  
1 Dose 8,50 Mk.  
Sauerstoff 1 Pfd. 0,10 Mk.  
Speisefett, Tafel- und Kochsalz,  
1 Pfd. 0,05 Mk.  
Eier: ausländische Marke  
Groschler, 1 Pfd. 17,50 Mk.  
Eier: in 100-Gramm-Paketen,  
1 Paket 0,10 Mk.  
Bouillonwürfel Stück 0,05 Mk.  
Rohrbrüher 1 Pfd. 1,50 Mk.  
Rohrbrüher 1/2-Pfund-  
Dose 0,50 Mk. 960 D.  
Tafelzucker Stück 1,50 Mk.  
Sultantinen 1/2 Pfd. 3 Mk.

**Gemeinde Berlin-Brick  
Verkaufsstelle Jannemannstr.**  
**Allgem. Ortskrankenkasse  
für Berlin-Steglitz.**  
Sprechstunden-Verlegung  
Die Sprechstunden in der  
Zahnärztlichen Klinik  
für die Behandlung der Stomach-  
erkrankungen sind jetzt wieder  
werktäglich vormittags  
von 8-12 1/2 Uhr  
und nachmittags von  
1/2-3 1/2 Uhr.  
Die Sprechstunden am Sonn-  
abendnachmittag findet von  
3-4 Uhr statt. 377/8  
**Der Vorstand.**  
G. Bülgeke, Vorsitzender.  
Sie finden

**Möbel**  
sowie ganze  
Wohnungs-Einrichtungen,  
farbige Küchen usw.  
gegen Bar  
wie bekannt, gut, dauerhaft  
und preiswert bei  
**Carl  
Barthel,**  
Borderrufer Straße 54.  
Teilhahung gestattet.  
Gegründet 1870

**Rupferdrähte, Kabeln,  
Cilien**  
für Antennenabbehr,  
faul! **Rubelvertrieb**,  
Industrie-Vertriebsstraße 34,  
9/10 P. Bldg. 4550.  
**Klavier**  
entf. Hägel u. Harmonium  
faul! **Schachtschneider**,  
Büdower Straße 14, III,  
(Verisangabe).

**Bekanntmachung**  
betreffend neunte Fettverteilung vom  
14. bis 20. Juli 1919.  
Gemäß § 5 der Verordnung über Lebensmittelarten vom  
10. Oktober 1918 und der §§ 17, 18, 20, 22, 23, 25 und 29 der  
Bekanntmachung über Speisefette vom 20. Juli 1918 (R.-G.-Bl.  
S. 755) und den Berechnungen der Fettstelle Groß-Berlin  
vom 20. Dezember 1918 über Abgabe und Entnahme von Speisefetten  
und über die Anmeldeung des Speisefettbezuges wird für den Bezirk  
der Fettstelle Groß-Berlin bestimmt:  
1. Auf den Abschnitt B 9 der Einheits-Zusatzkarte entfallen  
**50 Gramm Bratfett.**  
2. Der Kleinhandelspreis für 50 Gramm Bratfett beträgt  
**50 Pfennige.**  
3. Das Bratfett ist in den zum Speisefettverkauf im Be-  
zirk der Fettstelle Groß-Berlin zugelassenen Kleinhandels-  
geschäften gegen Abgabe der beiden Abschnitte B 9  
der Einheits-Zusatzkarte unter gleichzeitiger Vorlegung des  
Speisefettkarte in der Woche vom  
**Montag, den 14. Juli, bis Sonntag, den  
20. Juli 1919,**  
in Empfang zu nehmen.  
Das Bratfett ist in den Kleinhandelsgefällen in Empfang  
zu nehmen, in welchem der Verbraucher zum Speisefettbezug  
eingetragen ist.  
Krauber und Schiffer erhalten das Bratfett  
ebenfalls.  
4. Die Kleinhandelskarten haben die von ihnen für das Brat-  
fett angeordneten Abschnitte, getrennt gebildet, zusammen  
mit den Speisefettartenabschnitten am Montag, den 14. Juli  
an ihren zuständigen Großhändler abzugeben.  
5. Zuüberbrachten gegen diese Vorschriften werden  
gemäß § 35 der Bekanntmachung vom 20. Juli 1918 (R.-G.-Bl.  
S. 755) infolge nicht nach anderen Vorschriften schwerere Strafen  
verwirft sind, bestraft.

**Bekanntmachung.**  
Diejenigen Bürger Einwohner,  
die am Montag, den 7. und  
Dienstag, den 8. Juli 1919, das  
für die Woche vom 30. Juni  
bis 6. Juli 1919 erscheinende  
amerikanische Wahl in der Ge-  
meindeverordnetenversammlung  
Ede. Jannemannstraße, ir-  
rümlich zum Preise von M. 0,84  
erhalten, haben den Unter-  
schreibensbogen zwischen M. 2,50  
und M. 0,84 mit M. 1,66 nach-  
träglich für den obengenannten  
Verkaufsstelle am Montag, den  
14. und Dienstag, den 15. Juli  
b. J., einbringend ihren Aus-  
weisnummern möglichst unter  
Vorlage des in Frage kommen-  
den Rollenartikels einzuzeigen.  
Berlin-Brick, den 10. Juli 1919.  
Der Gemeindevorstand.

**Bekanntmachung.**  
Gemäß § 6 der Ausführungsbestimmungen vom 24. Juli  
1919 zur Verordnung über die Abgabe und Entnahme von Speisefetten  
und Speisefetten vom 5. Juli 1918 wird für den Gemeindevor-  
stand bestimmt:  
1. Vom 15. Juli ab gelangt für jeden Einwohner Berlin  
der mit dem Abschnitt „U“ bezug. „D“ für die Berings-  
bezug angemeldet ist, auf jede Marke „M“ der Berliner  
Bezugskarte 1/4 kg Speisefett zur Veräußerung. Neben-  
dem erhalten diejenigen Kunden, deren Eintragung in  
der Nachtragslisten für Monat Juli erfolgt ist, auf  
den Abschnitt „D“ noch nachträglich 1/4 kg. Der Klein-  
handelspreis beträgt für 1/4 kg Speisefett 2 Pf. Die Befreiung  
richtet sich nach der Dage des Lebens des Kleinhandlers, be-  
dem der einzelne keine Eintragung bewirkt hat, nicht nach der  
Wohnung des Verbrauchers.  
2. Es wird bei Vermeidung von Vertragsstrafen darauf hin-  
gewiesen, daß die Kleinhandler zunächst nur so viele Kunden  
Ware veräußern dürfen, die in ihrer Kundenliste verzeichnet  
sind. Die Abholung muß bis zum 19. Juli bewirkt sein.  
3. Nachanmeldungen zur Heringsbezugskarte sind von den  
Kleinhandlern auf Abschnitt „D“ nur entgegenzunehmen, wenn  
dieser Abschnitt den Stempel der Bezirkskommission Nachanmel-  
dung trägt. Diese Nachanmeldung berechtigt zum Herings-  
bezug auf Abschnitt „M“.  
4. Die Abholung der Herings von den Berechtigten nicht  
bis 19. Juli einschließlich bewirkt, so kann der Kleinhandler die  
Ware zum vorgeschriebenen Preise beliebig abgeben.  
5. Die Abgabe der gesammelten Abschnitte und der dazu ge-  
hörigen Nachtragslisten hat wie zuvor an jedem Monatsersten  
im Fischbureau zu erfolgen.  
6. Die Kleinhandler sind verpflichtet, bis spätestens 1. August  
1919 die gesammelten Abschnitte „M“ zu 100 gebündelt im  
Fischbureau, Dierichstraße 45 IV, zwischen 9 Uhr vormittags  
und 2 Uhr nachmittags abzugeben. Die einzelnen Pakete sind  
mit Namen des Klein- und Großhändlers sowie mit der Zahl  
der gesammelten Abschnitte zu versehen.  
Berlin, den 10. Juli 1919.

**Magistrat.**  
**Abteilung für Fischverforgung.**  
Lehrung.  
Zeichen 3010 Fisch. 19.

**Bekanntmachung**  
betreffend Zusatzfettverteilung vom 14. bis  
20. Juli 1919.  
Gemäß § 5 der Verordnung über Lebensmittelarten vom  
10. Oktober 1918 und der §§ 17, 18, 20, 22, 23, 25 und 29 der  
Bekanntmachung über Speisefette vom 20. Juli 1918 (R.-G.-Bl.  
S. 755) und den Berechnungen der Fettstelle Groß-Berlin  
vom 20. Dezember 1918 über Abgabe und Entnahme von Speisefetten  
und über die Anmeldeung des Speisefettbezuges wird für den Bezirk  
der Fettstelle Groß-Berlin bestimmt:  
1. Gegen Vorlegung der vom 7. Juli 1919 ab gültigen  
Speisefettkarte werden 125 Gramm Margarine verabfolgt.  
2. Der Kleinhandelspreis für 125 Gramm Margarine be-  
trägt M. 1,55.  
3. Die Margarine ist in den zum Speisefettverkauf im Be-  
zirk der Fettstelle Groß-Berlin zugelassenen Kleinhandels-  
geschäften gegen Vorlegung der vom 7. Juli ab gültigen Speisefett-  
karte in der Woche vom 14. bis 20. Juli 1919 in Empfang  
zu nehmen.  
4. Die Margarine ist in den Kleinhandelsgefällen in Em-  
pfang zu nehmen, in welchem der Verbraucher zum Speisefett-  
bezug eingetragen ist.  
5. Die Abgabe und Entnahme der Margarine ist vom Klein-  
händler durch einen geschulten oder mit Tinte (Linienschild)  
geschriebenen Bemerk auf der Vorderseite des Beisetzblattes er-  
richtlich zu machen. Krauber und Schiffer erhalten die Mar-  
garine ebenfalls.  
6. Zuüberbrachten gegen diese Vorschriften werden ge-  
mäß § 35 der Bekanntmachung vom 20. Juli 1918 (R.-G.-Bl.  
S. 755) infolge nicht nach anderen Vorschriften schwerere Strafen  
verwirft sind, bestraft.

**Fettstelle Groß-Berlin (Butter).**  
Wermuth.  
Tgl. Nr. 5478 Btu.  
**Preuß. Staats-Lotterie**  
Beginn der neuen Lotterie am 15. Juli 1919  
Ganzes Halbes Viertel Achtel.  
Lose zu 42 21 10,50 5,25 M.  
zu haben:  
Neumann, Lotterie-Einnehmer,  
Berlin W 30, Maaßenstr. 20.

**Nur für Wiederverkäufer!**  
Feuerzeuge, Gasbender und  
Ersatz-Zündsteine fast aller  
Sorten. 12 verschiedene Feuer-  
zeuge, nur gangbare Muster,  
M. 19,25 franko Nachn. freibl.  
Fordern Sie Preisliste, auch  
Zigaretten-Etuis, Taschen-  
lampen, Rasier-Apparate usw.  
**Johann Lichtenfeld, Hamburg 100**  
Speersort 6. (Gegründet 1901.)

**Reklame  
Drucksachen**  
Buchdruckerei Rüd  
Palisadenstr. 103  
Anfertigung sämtl.  
Drucksachen  
**Zigaretten**  
in kleinen Quantitäten, 6 Mk.  
und 12 Mk. gibt es Zigaretten-  
label Schreiber Straße 13,  
Tel.: Staden 1960. 840 D.

## Eine politische Notwendigkeit.

Genosse Dr. Koverau bittet uns um Aufnahme einer Zuschrift, in der er zu dem Artikel des Genossen Schulz in der Morgennummer vom 11. Juli ausführlich:

Die „feste und geschlossene“ Übereinstimmung zwischen Mehrheitssozialisten und Zentrum erscheint sehr bedenklich.

Man komme doch nicht immer mit dem schwarzen Mann, mit dem Kulturkampf! Die Festlegung der Schule als einer rein staatlichen, weltlichen Einrichtung bedeutet noch lange keinen Kulturkampf, auch wenn das Zentrum damit droht. Es ist das gar kein Angriff auf das Zentrum, keine Verletzung der Gewissensfreiheit, denn die Schule wird allen Konfessionen genommen, es handelt sich doch nur um eine Abgrenzung der Einflussphäre. Und weite Kreise der Sozialisten können es nicht verstehen, daß hier ein Kernpunkt des Erfurter Programms preisgegeben wird für ein Singspiel, welches die Zusammenarbeit in wirtschaftlichen Fragen. Glaubt man wirklich, das Zentrum werde seinen geradezu mit religiösem Nimbus verstärkten Begriff des Privateigentums aufgeben zugunsten einer ernsthaften Sozialisierung, einer ernsthaften Erbschaft von Erbe und Vermögen? Und fürchtet man sich denn wirklich so sehr vor den separatistischen Umtrieben?

Demokratie ist nicht die mechanische Addition von Stimmen. Sie ist das Parallelprogramm der Kräfte. Die Menschen tragen doch keineswegs in ihrer überwiegenden Mehrheit eine klare politische Ansicht mit sich. Sie folgen der stärkeren Anziehung. Man lasse sich doch nicht einschüchtern durch die Riesenpetitionen wegen des Religionsunterrichts! Man sehe nur zu, wie sie zustande kommen. Da hatte z. B. in Landsberg (Warthe) der Evangelische Bund einen Vortragsabend angefündigt im Anschluß an die neuen Erlasse. Diskussion sollte nicht stattfinden. Da verließ plötzlich der erste Vortragende am Schluß seiner Ausführungen eine „Resolution“ an das Kultusministerium. Ohne diese zur Erörterung zu stellen, fragt er sofort, wer dafür sei. Und als in dem halbdunklen Saal die alten Damen, Schüler, Schülerinnen und die Herren vom Vorstand — andere Männer waren kaum da — die Hand erhoben, da hieß es einstimmig angenommen! Nur einer erhob energischen Widerspruch gegen dies Verfahren zum Entschien seiner Mitbürger. Und so gehen denn derartige „Resolutionen“ angeblich im Namen von Hunderten, Tausenden ins Ministerium und erregen dort Schrecken. Wenn unsere Genossen in der Regierung wüßten, wie hart sie sind, falls sie nur wollten, sie bräuchten diese Kompromisse nicht mitzumachen.

(Wenn man sich die schweren Gefahren für die Reichseinheit, die durch die Schulfrage in Süddeutschland namentlich und im Rheinlande wachgerufen werden, vor Augen hält, dann muß man die Haltung der sozialdemokratischen Fraktion unterfragen. Solange in Deutschland noch selbständige Bundesstaaten und im Rheinlande die von den Franzosen rege genährten Separationsabsichten fortbestehen, muß man bei der Behandlung der Reichspolitik auf sie Rücksicht nehmen. Die Einheit des deutschen Volkes ist eine Lebensnotwendigkeit für uns; man darf ihr nicht mit weniger Ernst gegenüberstehen, als der Frage „Kirche und Schule“.

Uns scheint das Kompromiß die schwierigsten Klippen zu umschiffen. Allerdings muß mit allem Ernst darauf gedrungen werden, daß namentlich der Zwang der Lehrer zur Erteilung des Religionsunterrichts wirksam beseitigt wird. Dazu ist notwendig, daß die Allmacht der Schulrektoren gegenüber den Lehrern gebrochen wird und durch Schaffung geeigneter Beschränkungen in allen erforderlichen Garantien für die Lehrer begründet werden. Solche von freiheligen Männern geleiteten Beschwerdeinstanzen müßten bei allen Provinzialschulkollegien und namentlich auch eine Zentralstelle in den Kultusministerien eingerichtet werden. Gelingt es nicht, diese Garantien zu schaffen, so ist allerdings dieses Kompromiß ein Erfolg des Zentrums, mit dem die Sozialdemokratie nicht einverstanden sein darf. D. Red.)

## Reichsräte und Arbeitsministerium.

Vom Zentralrat geht uns folgender Bericht zu:

Im Auftrage des Reichsarbeitsministers hatte der Zentralrat eine Konferenz mit Vertretern von Betriebsräten des ganzen Reichs zur Besprechung des Gesetzesentwurfs über die Betriebsräte einberufen. Diese Konferenz, deren Teilnehmer aus 15 Mitgliedern der U. S. P. D., 9 Mitgliedern der S. P. D. und einem Mitglied der A. P. D. sich zusammensetzten, tagte vom 8. bis 10. Juli. Eine Verständigung über den Gesetzesentwurf kam nicht zustande, da die Konferenz als Mindestforderung das volle Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte in allen Angelegenheiten des Betriebes verlangte, das von der Regierung nicht zugestanden werden konnte.

Vollkommen verkannt wurde von der Konferenz der Sinn des ganzen Gesetzes, das die Rechte derjenigen Arbeitervertreter (Betriebsräte) regeln soll, die die Berufsinteressen der Arbeiter innerhalb der Betriebe wahrzunehmen haben. Es handelt sich also bei diesem Entwurf keineswegs um ein Gesetz, das die Rechte derjenigen Arbeitervertreter (Wirtschaftsräte) regelt, die die Arbeiter in der Produktion vertreten und die Produktion im sozialistischen Sinne umgestalten sollen. Diese Aufgabe bleibt der weiteren Gesetzgebung vorbehalten. Weil die Konferenz sich nicht dazu entschließen konnte, diese zwei Dinge auseinanderzuhalten und sie bei dem vorläufigen Gesetzesentwurf bereits die Rechte der zweiten Gruppe der Betriebsräte regeln zu müssen glaubte, ist die Besprechung ergebnislos verlaufen. Indessen wird der größte Teil der deutschen Arbeiterschaft verstehen, daß die erprobte Leitung eines Unternehmens unmöglich ist, wenn jede einzelne dieser Angelegenheiten erst in einer vielköpfigen (aus Betriebsräten und Betriebsleitung zusammengesetzten) Versammlung besprochen werden soll, bevor sie ihre Erledigung finden kann; eine solche Methode würde der Tod jeder rationalen Wirtschaftsführung sein.

Zur Klarstellung für die Öffentlichkeit sei außerdem noch hinzugefügt, daß der erste Gesetzesentwurf über die Betriebsräte bereits durch eine zweite Fassung ersetzt worden ist, in der besonders den von der Arbeitnehmerschaft vorgebrachten Wünschen in größerer Nähe Rechnung getragen wurde.

## Befreiungs- oder Mordversuch.

Die in unserem Freitagsschmatttagblatt gebrachte Darstellung über den mysteriösen Versuch des Leutnants von Simons, sich Zutritt zur Hölle Kabelle zu verschaffen, entspricht im großen und ganzen den Tatsachen. Simons soll in seinen Bekanntenkreisen als ein Mann mit demwiderter Intelligenz bezeichnet gelten.

Die kontinente Art des Unternehmens läßt allerdings auf eine erhebliche Dosis Verblendung schließen.

## Erich Mühsam und Genossen vor dem Standgericht.

Strafantrag: 10 Jahre Zuchthaus für Mühsam und Wadler.

(Hg.) München, 11. Juli 1910.

Gleich nach Eröffnung der heutigen Sitzung nahm Staatsanwalt Appelmann das Wort zur Vertretung der Anklage. Einleitend erklärte er, daß der Versuch der Angeklagten Mühsam sei, nachzuweisen, daß Ministerpräsident Schneppenhörn und andere Minister sich für die Rätepublik ausgesprochen hätten. Es hätte den Angeklagten auch bezüglich der Schulfrage nichts genützt, wenn einzelne Minister oder auch das gesamte Ministerium sich auf ihre Seite gestellt hätte. Eine Veränderung der Verfassung konnte nur durch die Mehrheit des Landtages erfolgen. Eine gewaltsame Veränderung der Verfassung, die nur zum Blutvergießen führen konnte, war gegen den Willen der Mehrheit des Volkes von einigen Ruchern und Schiebern unter größter Geheimhaltung unternommen worden und nur durch Lug und Trug zustandekommen, indem man läugerische Meldungen verbreitete. Der Hochverratsparagraf besteht zu Recht. Er konnte nur durch Reichsgesetz geändert werden.

Es ist aber gut, daß wir diesen Paragrafen noch haben und anwenden können.

wenn derartige verbrecherische Eingriffe in das Staatswesen gemacht werden. Charakteristisch ist der Ausdruck des Angeklagten Wadler, der sagte, ich stand da, wo die Mehreren sind. Dieses klägliche Bild hat nicht bloß dieser Angeklagte gegeben, sondern wo jeweils die größten Schreier waren, schlossen sich die Massen an, weil diese ihnen das meiste versprachen. Der Angeklagte Erich Mühsam gibt seine Teilnahme an der Rätepublik an, sucht aber durch allerhand Klüfte und Piffligkeiten um die Strafe herumzukommen. Mühsam ist eine revolutionäre Natur der allerabfälligen Art. Er ist jederzeit dabei, wo es gilt, einen Putsch zu machen. Er hat auch die Eigenschaft, daß er nie mit einer Revolution zufrieden ist, weil sie immer nie weit genug geht. Richtig ist es, daß er sich

von Dr. Wadler unterscheidet

und immer konsequent in seiner Haltung gewesen ist. Die Annahme der Anklage, daß Mühsam für seine Tätigkeit im Zentralrat eine Bezahlung erhalten hat, hat sich als unrichtig erwiesen. Im Gegensatz zur Anklage nimmt der Staatsanwalt bei Mühsam nicht mehr Mittäterschaft an, er hat lediglich mit Rat und Tat und durch sein energisches Eingreifen den anderen Beihilfe geleistet. Ich beantrage daher, ihn

schuldig zu sprechen der Beihilfe zum Hochverrat.

Was das Strafmaß anbelangt, so sind mildernde Umstände bei Mühsam vollkommen ausgeschlossen, da die Ansichten, die er hier entwickelt hat, diejenigen einer verbrecherischen

## Das Schicksal der westpreussischen Arbeiterräte.

Thorn, 11. Juli. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) In einer Sitzung des Danziger Volksjugendausschusses wurde auf Anfrage des Arbeitersekretärs Krczynski über das Schicksal der in Westpreußen bestehenden Arbeiterräte nach Uebergang dieser Gebiete an Polen von polnischer Seite mitgeteilt, daß selbstverständlich die Arbeiterräte in Polen keinen Bestand haben werden. Die bisherigen Arbeiterräte dürften aber kaum ausgewiesen werden, da viele Polen darunter seien. Nach einer Erklärung des Präsidiums des Volksjugendausschusses ist den Arbeiterräten Anweisung erteilt worden, ihre Funktionen weiter auszuüben, bis entweder der Volksjugendausschuss oder eine andere bestehende Gewalt ihrer Tätigkeit ein Ende bereiten.

## Kein mehrheitssozialistische Regierung in Sachsen.

Dresden, 11. Juli. Die Verhandlungen der sozialdemokratischen Volkskammerfraktion mit der unabhängigen Fraktion wegen der Neubildung der sächsischen Regierung sind ergebnislos verlaufen. Die Unabhängigen stellen für ihre Beteiligung an der Regierung drei Bedingungen: Parität bei der Befugung der Ministerposten, Einführung des Räteprinzips und Bildung eines Arbeiterrates, also eines gewissen Nebenparlamentes. Die sozialdemokratische Fraktion glaubte auf diese Bedingungen nicht eingehen zu können. Da gegenwärtig auch die demokratische Fraktion keinen besonderen Wert mehr auf den Eintritt einiger ihrer Mitglieder in die Regierung legt, wird die jetzige mehrheitssozialistische Regierung vorläufig am Ruder bleiben. Im Laufe des August sollen jedoch die Besprechungen der Parteien behufs Umbildung der Regierung von neuem aufgenommen werden.

## Lazarettinsassen nehmen Geiseln fest.

Frankfurt a. M., 11. Juli. Nach einer Protestversammlung gegen die Festnahme von Vertrauensleuten der Lazarettinsassen in Gießen zogen die Lazarettinsassen von Frankfurt zum Reichsjustizkommando und verlangten dort die Freigabe ihrer Vertrauensleute in Gießen. Da der Abschnittskommandeur in dieser Sache nicht tun kann und bisher das Generalkommando in Bad Nauheim telefonisch nicht zu erreichen war, führten die Lazarettinsassen den Abschnittskommandeur und seinen Adjutanten im Automobil fort. Sie beabsichtigen, beide Offiziere so lange als Geiseln in Haft zu halten, bis die Vertrauensleute der Lazarettinsassen in Gießen wieder in Freiheit gesetzt sind.

## Ausländische Lebensmittelpreise.

Es wäre durchaus irrig, anzunehmen, daß die Lernerung in den Ententeländern sowie bei den Neutralen zugleich mit dem Friedensschluß wesentlich nachgelassen habe. Vielmehr wird aus Holland gemeldet, daß Gemäse und Früchte in diesem Jahr teurer als in irgend einem der Kriegsjahre bezahlt werden müssen. Gerade während der Zeit des Waffenstillstandes entstand für die wichtigsten Verbrauchsgegenstände in Italien eine beträchtliche Steigerung, die im Mai des Jahres etwa 300 Proz. ausmachte, bis die Höchstpreise infolge der entstandenen Lebensmittelunruhen bedeutend herabgesetzt wurden. Von besonderem Interesse ist eine Uebersicht, welche die statistische Gesellschaft für die Lebensmittelpreise in den Ententeländern gibt. Hiernach haben sich bis zum Abschluß des Waffenstillstandes die Lebensmittelpreise für Frankreich um 300 Proz., in Italien um 451 Proz., für England um 240 Proz., für die Vereinigten Staaten um 200 Proz. erhöht, während in den ersten zwei Kriegsjahren eine relativ geringere Steigerung zu beobachten war, nämlich sie in den letzten 2 1/2 Jahren beträchtlich in die Höhe. Natürlich müssen alle diese Zahlen mit Vorsicht aufgenommen und dürfen nur als Durchschnittswerte angesehen werden.

Gesandnis des Mörders v. Klüber. Wolff meldet aus Halle: Wie die „Halle'sche Zeitung“ von zuverlässiger Seite erfährt, hat der Kriegsminister Otto Bauer, der im Einzelnen gegen die Mörder des Oberleutnants von Klüber als einziger zum Tode verurteilt worden war, im Gefängnis die Tat, deren er beschuldig ist, voll eingesehen.

Natur sind und nicht die eines Phantasten und fanatischen Idealisten. Wir haben gehört, wie er das Lumpenproletariat aufgewühlt, die Verbrecher und Dirnen herbeigeholt hat.

Er ist der geborene Heerpöbel.

Er hat das deutsche Volk besudelt mit dem Ausspruch: „Soweit die deutsche Junge hängt, reicht die deutsche Charakterlosigkeit.“ Es kommt hinzu, daß er die Entsendung von zwei Panzerzügen gegen Nordbahrn beantragt hat, was zu Blutvergießen führen mußte. Er bleibt die größte Gefahr für jedes staatliche Gemeinwesen, somit verdient er keine mildernde Umstände. Es ist vielmehr bei ihm

ehrlose Gesinnung

festzuhalten. Mein Antrag geht dahin, den Angeklagten Erich Mühsam unter Verjagung mildernden Umstände wegen Beihilfe zum Hochverrat zu zehn Jahren Zuchthaus und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von zehn Jahren zu verurteilen.

Der zweite Hauptangeklagte Rechtsanwalt Dr. Wadler hat zwar die Rätepublik für verurteilt gehalten, hatte aber erklärt, wenn sie proklamiert wird, mache er mit. Auch bei ihm ist nur Beihilfe anzunehmen. Bis zur Revolution nahm er eine Haltung an, die ihn

in den Ruf eines Unbesessenen

brachte. Dieser Mann tritt ausgerechnet in einem Zeitpunkt, wo es zur Revolution kommt, auf dem radikalsten Flügel auf. Ich kann mir einen derartigen Gesinnungswandel nicht anders denken, als daß es der Standpunkt eines sogenannten „Novembersozialisten“, eines

politischen Barbaren

ist, der sich gebadet hat, jetzt muß ich meine Firma ändern. Es ist nicht zusammenzudenken, wie er jetzt mit einemmal sein Sozialistenberg und seine Fürsorge für das Proletariat entdeckt hat, während er bisher für Zwangsdeportationen eintrat. Während des Krieges hatte er die

Interessen der Großindustrie wahrgenommen

und jetzt kennt er nur die des Proletariats. Er war Beamter der Regierung Hoffmann und hat den Treueid gebrochen. Auch er hat für Entsendung des Panzerzuges gestimmt. Es kann daher keine Rede von mildernden Umständen sein. Auch bei ihm ist ehrlose Gesinnung festzustellen.

Ich beantrage gegen ihn die gleiche Strafe wie gegen Mühsam von zehn Jahren Zuchthaus und Ehrverlust.

Der Berufene. In der „Deutschen Tageszeitung“ schreibt ein Herr Hauptmann Kater über die „Jermüdung der Front“. Er schreibt in seiner Eigenschaft als ehemaliger Nachrichtenoffizier der D. S. L. Heeresgruppe Kronprinz. Man weiß nicht, ist es Ueberhebung oder Naivität des Herrn, wenn er sich aus dem Grunde als Frontkämpfer bezeichnen fühlt. Ueber die Zustände an der Front mögen die Berichte, die drin waren, mitgeteilt und mitgeteilt haben, und nicht solche, die 50 Kilometer hinter der Front vom bequemen Schreibtisch aus die Dinge betrachten!

Allerdings, da darf man nicht allzuviel in der Gemeinde der „Deutschen Tageszeitung“ suchen.

## Nationalversammlung zu Weimar

54. Sitzung, Freitag, den 11. Juli vorm. 1/10 Uhr.

(Schluß aus der Abendausgabe.)

Abg. Koch-Rassel (Dem.): Es besteht die große Gefahr, daß die Aufnahme oder Nichtaufnahme bestimmter Grundrechte nach parteipolitischen Gesichtspunkten erfolgt. Deshalb sind diese und vorliegenden Grundrechte nicht ein wenig in die Zukunft schauen- des Wert, sondern ein Kompromiß zwischen den verschiedenen Parteianschauungen.

Reichskommissar Dr. Preuß:

Es war begreiflich, daß die Grundrechte, wie sie der Entwurf in weitgehendster Selbstbeschränkung vorgezeichnet hatte, von vielen Seiten als ergänzungs- und erweiterungsbedürftig erkannt wurden, aber es wäre wünschenswert gewesen, dabei mit der

Bescheidenheit des Reichers

vorzugehen, so aber mußte jeder Antrag auf Erweiterung immer gleich ein halbes Duzend neuer Anträge gebären und das wird sich bis auf diesen Augenblick nimmer erschöpfen und leeren. (Sehr gut.) Die Frage, wie weit die Grundrechte in das positive Recht eingreifen, insofern als sie selbst unmittelbare Gesetzeskraft haben sollen, wird durch den Artikel 107 nicht entschieden, sondern sie hängt ab vom Wortlaut eines jeden einzelnen Artikels. Geht es zum Beispiel: „Die Todesstrafe ist abgeschafft“, so würde diese Verfassungsbestimmung unmittelbar geltendes Recht sein, heißt es aber:

„Die Todesstrafe ist abzuschaffen“,

so muß ihre Abschaffung erst durch Ausführungsgesetz erfolgen, da der Art. 107 unter diesen Umständen statt Klarheit nur Unklarheit zu schaffen geeignet ist, wäre vielleicht zu erwägen, ihn ganz zu streichen. (Sehr richtig.) Die Reichsregierung nimmt jedenfalls allen Anregungen auf Erweiterung der Grundrechte gegenüber eine ablehnende Haltung ein. Wenn es daher nicht möglich sein sollte, sich kurzerhand mit gegenseitiger Befriedigung über die Grundrechte zu verständigen, so möchte ich Ihnen im Interesse der hohen Aufgabe, die dieser Versammlung den Namen gegeben hat, dringend anheim geben, die Grundrechte zunächst zurückzustellen. (Beifall.)

Abg. Dr. Beyerle (Z.): Ich möchte die Grundrechte in der Verfassung nicht missen. In der Verfassung müssen auch Bekanntheit niedergelegt werden. Ich bitte Sie, die Grundrechte mit Wohlwollen anzunehmen und ihnen die Annahme zu sichern. (Beif. Beifall im Zentrum.)

Abg. Dr. Luars (Soj.):

Der vorliegende Entwurf der Grundrechte macht einen unheimlichen Eindruck, er erscheint mir, vergehen Sie den harten Ausdruck, als

selbstmörderische Komposition.

Wie schließen uns dem Vorschlag des Herrn Regierungskommissars Preuß an. (Beifall S. D. Soj.)

Abg. Dr. Gohn (U. Soj.): Wirkliche Grundrechte müßten mehr bieten als abstrakte Rechte oder doch in einer Form, die eine künftige Entwicklung bedeutet. Es gibt keine Weltanschauung, die aus Kompromissen besteht.

Abg. Kaufmann (Dem.) beantragt, die Verhandlung abzubrechen. Eine von der Reichsregierung gegebene Anregung wurde von der Reichsregierung wohlwollend aufgenommen und die größte Partei hat sie beifällig in einen Antrag verwandelt. Damit ist für die einzelnen Parteien eine neue Lage geschaffen, zu der sie Stellung nehmen müssen.

Das Haus beschließt demgemäß. Sitzung: 12.20 Uhr. Nächste Sitzung: Sonnabend, vormittags 9 1/2 Uhr. (Berichte der Geschäftsordnungs- und der Wahlprüfungskommission. 1. und 2. Beratung des Gesetzes über die Änderung der Reichs- und Landesverfassung, 3. Beratung des Reichs- und Landesgesetzgebungsgesetzes und keine Vorlagen.)

# Mittelstandskrankenhäuser.

Wer in der sozialen Fürsorge arbeitet, wird die Erfahrung gemacht haben, daß gar manche Kranke sich weigern, in der dritten Klasse des Krankenhauses oder Sanatoriums gepflegt zu werden. Sie verlangen ihrem „Stand und Bildung“ entsprechend, wenigstens in Klasse II aufgenommen zu werden und zahlen, wenn es geht, die Differenz zwischen den Preisen der Klassen zu. Bei kurzer Pflegedauer mag dies in manchen Fällen noch möglich sein, wenn auch die Pflegefälle in letzter Zeit ganz erheblich gestiegen sind. Unter 7 M. pro Tag kann man z. B. heute keine Kur in einem Sanatorium erlangen. Da aber mindestens 3 Monate auf eine Kur gerechnet werden müssen, kommen für die billigen Heilstätten mit Reisefloßen usw. mindestens 700 M. in Frage. Etwas billiger stellen sich nun die Pflegekosten in einem Krankenhaus, und wird da die Differenz zwischen den Preisen der 3. und 2. Klasse nicht so hoch sich stellen, doch auch ins Gewicht fallen, wenn man ferner beachtet, daß in Klasse 3 die Arztkosten usw. im Pflegefall einbezogen sind, während bei Klasse 2 oder extra bezahlt werden müssen. Bei längerem Aufenthalt im Krankenhaus, bei schweren Operationen kommen dann ganz erhebliche Nachzahlungen in Frage, mit denen aber die Kranken gar nicht rechnen hatten, und oft die Höhe der Pflegefälle erreichen. Der Versicherte hat aber doch von seiner Krankenkasse wenigstens in diesen Fällen den Betrag zu verlangen, den diese für die 3. Klasse zahlen würde. Viel schlimmer ist aber der unversicherte Kranke daran, der dann den ganzen Betrag aus eigener Tasche zahlen muß. Sehr interessant schreibt nun der Verwaltungsdirektor des Charité-Krankenhauses Geheimrat E. Pütter in der „Zeitschrift für Krankenpflege“ über die Frage: „Der Mittelstand und seine soziale Fürsorge“ (Heft I, Mai 1919), wenn er auch die aufgeworfene Frage: Was ist Mittelstand? nicht genau beantworten kann. Er beklagt es aber tief, daß es z. B. in der Mittelstandsfürsorge sehr schwer sei, Erholungskuren für Kinder zu sichern, weil fast keine Stellen ausreichende Mittel dazu gewähren, während bei Arbeiterkindern die Armenvereine und Zehntausende von Mark für Erholungskuren ausgeben, auch die Wohlfahrtsvereine arbeiten fast nur für die Arbeiterkinder. Diese für die Kinder des Mittelstandes, der zahlreichen Angehörigen usw. sei daher dringend nötig. Als ein klassisches Beispiel führt der Verfasser an, daß das Kinder-Erholungsheim Lichterfelde nunmehr verkauft werden müsse, nachdem dasselbe früher mit 60 Kindern stark belegt, die Frequenz nach und nach heruntergegangen sei. Pütter fragt: „Wer zahlt jetzt für ein Mittelstandskind, das eine Heilstätte aufsuchen muß? Fast niemand.“

Den Schichten des heute noch vorhandenen sogenannten Mittelstandes fehlt es also an den nötigen Mitteln, sich und ihren Angehörigen die notwendigen Kuren zu sichern, und daher ist unsere Forderung auf Ausdehnung der sozialen Versicherung auf diese Schichten wohl begründet. Merkwürdig klingt es aber dann, daß ein Hochmann nun noch teure Mittelstandskrankenhäuser fordert für Kranke, die nicht einmal richtig in der Lage sind, die Kosten in einem billigen Krankenhaus in Klasse 3 zu zahlen. Er begründet aber seine Forderung wie folgt: „In der heutigen Zeit der Gleichheit wird schon der Gedanke an ein Mittelstandskrankenhaus von manchem mit Entrüstung zurückgewiesen werden. Mit Unrecht. Man macht vielfach den Fehler, die idealen Ziele der Sozialdemokratie zur Erreichung dieser Gleichheit als schon vorhanden anzunehmen. Ehe aber nicht durch die Einheitschule im Laufe der Jahrzehnte ein Ausgleich der Bildung und Geistesbildung — hoffentlich noch der guten Sitten — hergestellt ist, wird der soziale Unterschied zwischen Kopf- und Handarbeitern bestehen bleiben. Nicht Gesetz oder gute Wünsche, sondern nur ernste Arbeit und achtsamer Moral werden diesen Ausgleich — wenn überhaupt — herbeiführen.“ Schon diese Sätze sind sehr ansehbar, da ja auch die „sozialen Unterschiede“ zwischen Kopf- und Handarbeitern längst verwischt sind. Aber auch praktisch läßt sich eine Trennung dieser beiden Arbeiterkategorien in der Krankenhausfrage gar nicht durchführen. Würde denn z. B. eine Krankenkasse den versicherten Kopfarbeiter in ein sogenanntes Mittelstandskrankenhaus einweisen, wenn er den gleichen Beitrag zahlt als der „ungebildete“ Handarbeiter? Dies würde also doch nur auf Kosten der Handarbeiter geschehen können, für die dann das billige Krankenhaus gut genug wäre? Mit welchem Recht würde man denn das heute noch verlangen? Doch darauf hat Herr Pütter auch eine Antwort: „Gebildete Menschen, die im Krankendienst neben einem rohen Manne oder einer Frau von guten Sitten, die neben einer Straßenbirne im Krankensaal liegen muß, würden dadurch in ihrem feinsten Empfinden so stark beeinträchtigt, daß ihre Gesundheit sehr in Frage gestellt ist. Eine Scheidung ist also nötig. Unsere großen Krankenhäuser mit ihren Sälen zu 20—30 Betten bieten dazu keine Möglichkeit. Ein Umbau in kleine Zimmer ist teils aus baulichen, teils aus Gründen der Aufsicht nicht möglich, sie müssen bei unserer zunehmenden Verarmung weiter verwendet werden wie sie sind. Ob die Regierungen oder Gemeinden die Mittel und Absicht haben, Krankenhäuser mit Einzelzimmern zu bauen, steht noch dahin. Erwünscht wäre es.“

Sonderbare Logik! Eine Krankenhausverwaltung müßte also bei der Aufnahme der Kranken sofort feststellen, ob eine Trennung der „Gebildeten“ von den „Ungebildeten“ möglich sei. Wie aber

das machen? Technisch ist die Trennung der Kranken nach diesen Gesichtspunkten gar nicht möglich, darum kann die Forderung auf Errichtung von Mittelstandskrankenhäusern nur dahin verstanden werden, daß der unversicherte Mittelstand einen Anspruch auf eine bessere Pflege im Krankenhaus erheben könne, weil man eben sich einbildet, daß von diesen Schichten ab erst die wahre Bildung beginnt. Geringere hat der Verfasser gar nichts dagegen einzuwenden, daß der feingebildete Arbeiter ruhig in der 3. Klasse neben dem „rohen“ Menschen zu liegen kommt, die brave Arbeiterin oder Frau des Arbeiters neben einer Straßenbirne, die Gefundene suchen muß. Ja, Bauer, das ist was ganz anderes! Und empfindet der arme Kranke denn nicht auch die Qualen der großen und überfüllten Krankensäle mit 20—30 Betten?

Unsere dringende Forderung muß also sein: Bau von modernen Krankenhäusern, in denen sich alle Kranken wohlfühlen. Fort mit den großen Krankensälen, die ja für den Mittelstand gar nicht geeignet sein sollen, also für den Arbeiter und dessen Angehörigen erst recht nicht passend sind. Herr Pütter glaubt aber nicht daran, daß jetzt die Allgemeinheit Mittel für den Neubau oder Umbau von diesen Mittelstandskrankenhäusern hat und sehr daher seine Hoffnung auf die Selbsthilfe des Mittelstandes selbst, mit eventuell finanzieller Beteiligung der öffentlich-rechtlichen Körperschaften usw. Die Finanzierung wäre eventuell im Wege der Aktiengesellschaft, an der sich die großen Beamten- und Angestelltenvereine neben Einzelpersonen beteiligen, zu erlangen. Aber selbst wenn dies so möglich wäre, die Errichtung solcher idealen Krankenhäuser praktisch gelöst würde, wer soll dann die Kosten der Verpflegung usw. der Kranken zahlen? Wenn heute die 3. Klasse im überfüllten Krankenhaus sich schon auf 7—9 M. pro Tag stellt, welche Höhe müssen dann in einem solchen Krankenhaus der Mittelstand hierzu in der Lage, dann kann man von einer so großen Not derselben nicht reden und stehen reichlich Sanatorien und Krankenhäuser noch zur Verfügung. Sollen aber öffentliche Mittel hierfür aufgebracht werden, so muß die Arbeiterschaft ganz energisch gegen solche unsozialen Pläne protestieren. Auch für den kranken Arbeiter und dessen Lieben ist das beste Krankenhaus heute gerade gut genug. Der Mittelstand hat keinen Grund zur Forderung, sich über den Arbeiterstand zu erheben und sich auf dessen Kosten solche Vorteile zu verschaffen. Eduard Graf.

# Gewerkschaftsbewegung

## Ablehnung des Tarifvertrages durch die Bankangestellten.

Die am gestrigen Freitagabend im katholischen Vereinshaus tagenden Versammlungen der Angestellten der Commerz- und Disconto-Bank beschloßen einstimmig, den Tarifvertrag abzulehnen und in aller kürzester Zeit der Direktion neue Forderungen vorzulegen. Diese dürften sich auf eine Wirtschaftsbethilfe beziehen. Bisher haben die Angestellten der Disconto-Gesellschaft, der Commerz- und Disconto-Bank, der Darmstädter Bank und der Mitteldeutschen Creditbank den Tarifvertrag für das Bankgewerbe abgelehnt. Auch die Hausverone haben sich für die Ablehnung des Vertrages ausgesprochen, ebenso die Vereinigung der oberen Bankangestellten.

## Ein Reichstarif in der deutschen Steinindustrie.

Zwischen dem Verband Deutscher Granitwerke E. V. S. H. Karlsruhe, und dem Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands wurde ein Reichstarif abgeschlossen, der mit dem 1. Oktober d. J. in Kraft tritt und bis 31. Juli 1921 Gültigkeit hat. Der erste Versuch von den Arbeitervertretern, die Arbeit zu befechtigen und die Verhandlungen auf Grund des Preislohnsystems zu führen, gelang nicht. Die Arbeit ist in dieser Berufsgruppe zu sehr verankert. Die komplizierten technischen Tarife in der Steinindustrie haben schon oft Erstaunen anderer Berufe herbeigeführt. Auch dieser vereinbarte Reichstarif ist ein technisch vollkommener Tarif mit insgesamt ca. 300 Positionen für Granit-, Steinmetzen, Sand- und Maschinenschleifer. Der Abschluß bedeutet für die in Frage kommende Arbeiterschaft ohne Zweifel einen großen Erfolg, nicht nur in seinen Bestimmungen für die Entlohnung, sondern er räumt auf mit ca. 30 Einzelverträgen in dieser Branche, die längst nicht mehr den Ansprüchen der Arbeiter genügen, weil sich bei ihren Erneuerungen die gegenseitige Konkurrenz der Betriebe im Odenwald, im Fichtelgebirge oder in der Lausitz vorgezogen wurde und so ein großes Hemmnis bei den Forderungen der Arbeiter bildete. In besonders wichtigen Bestimmungen seien neben den allgemeinen Erhöhungen des Afforderdienstes besonders für die bisher zurückgebliebenen Gebiete genannt: Garantie des Stundenlohnes von 80 R. o. g. bei Affordarbeiten; Gewährung von 3 Tagen Ferien bei Fortzahlung des tariflichen Stundenlohnes unter Voraussetzung besonderer Bedingungen. Das Verbot für Steinmetzen, das Schären desselben und die Schleifmaterialien hat grundsätzlich der Arbeitgeber zu stellen bzw. zu liefern. Dagegen soll dort, wo die Ablösung nicht in dieser Tarifperiode erfolgen kann (Fichtelgebirge) und die Arbeiter bisher das Verbot stellen, den Steinmetzen und Handschleifern wöchentlich eine Entschädigung von 2 Proz. des Maschinenchleifers eine solche von 3 Proz. vom verdienten Lohn ausbezahlt werden. Ein Tarifamt auf paritätischer Grundlage für die deutschen Granit- und Schleifereien tritt in Würzburg (Bayern) in Funktion. Sämtliche Orte, in denen diese Schleifereien vorhanden sind, werden je nach den örtlichen Lohnverhältnissen in drei Klassen einrangiert. Auf die 2. und 3. Klasse erfolgt ein prozentualer Zuschlag. Heber letzteren und

über die endgültige Einrangierung in die Klassen soll Bezirksweise entschieden werden. Ebenso soll die Befreiung der Stundenlöhne für Steinmetzen, Sand- und Maschinenschleifer und Hilfsarbeiter erfolgen. Diese Regelung soll bis 10. August d. J. erfolgt sein. Kommt keine Einigung in den einzelnen Bezirken zustande, dann haben beide Verbände nochmals den Versuch zu unternehmen bzw. wird durch einen Schiedsgericht durch das Reichsarbeitsamt die Regelung herbeigeführt. Alles in allem betrachtet, ist der Reichsarbeitsabschluß ein großer Erfolg des Steinarbeiterverbandes, der hoffentlich auch von den Mitgliedern entsprechend gewürdigt wird. Die Arbeiterorganisation hat noch drei Reichstarife in Vorbereitung, über die in nächster Zeit verhandelt wird. So soll je ein Tarif für die Granitwerksteinindustrie, für Plaster- und Schotterwerkarbeiter und ein solcher für die holländischen Steinarbeiter vereinbart werden.

## Die tieferen Ursachen der Streiks.

Von einem Leser des „Vorwärts“ wird uns eine längere Zuschrift mit der Bitte um Aufnahme übersandt, in der der Verfasser auf Grund gewissenhafter Nachprüfung nachzuweisen sucht, daß den Streiks vornehmlich wirtschaftliche Ursachen zugrunde liegen. Unser Leser schreibt:

Ich bin als Privatassistent und Lehmann einer großen Fabrikgruppe einer Anstaltswirtschaft, außerdem als Mitglied der Tarifkommission einbezogen in der Last, den tieferen Ursachen des sogenannten Streikfieber nachzugehen. Ich bin dabei zu dem Schluß gekommen, daß das Streikfieber keine politischen Ursachen hat, sondern durch die wirtschaftliche Lage der Angestellten zu erklären ist. Ich habe einen Heberläuf gemacht, was ich im vorigen Monat in meinem Haushalt verbraucht habe, respektive verbrauchen hätte müssen. Es sind darin nur Angaben enthalten für von der Gemeinde zugewiesene, respektive für häusliche Lebensmittel. Desgleichen sind für Kleidung und Schuhe nur die Preise angegeben, die für Bezugsgegenstände gesucht werden müssen. Für verschiedene Ausgaben, worin enthalten sind die Ausgaben für Näh- und Stopfgarn, meine kleinen persönlichen Bedürfnisse, die kleinen Ausgaben, die mein effizienter Sohn auf Schulausflügen hat, Kleinigkeiten für meine kleine Tochter usw., sind pro Monat 30 M. eingezeichnet. Für Bücher, Gewerkschaftsbeitrag, Zeitungen der Betrag von 10 M. monatlich. Für Musik, Theater, Konzerte, Ausflüge konnte nichts eingezeichnet werden, da ich mir bezahlte Sachen wirklich nicht leisten kann, bezahlte nicht für eine Sommerreise aus demselben Grunde. Also ich betone nochmals, für irgendwelche Erholungen oder Zerstreungen ist kein Pfennig Geld in der Aufstellung enthalten.

Ich bin Inhaber eines Genossenschafts-Einfamilienhauses, von welchem ich etwas abermiete, um die Ausgaben für die Wohnung auf das Niveau zu bringen, das meinen Einnahmen einermäßen entspricht, trotzdem an und für sich das Haus, da es im Frieden erworben wurde, sich für mich billiger stellt, als eine Mietwohnung. Ich habe außerdem einen mittleren Obstgarten dabei, der sich immerhin durch Zusatz zum Haushalt nützlich erweist. Wenn ich trotz alledem bei meiner sechs-köpfigen Familie (ich habe drei Kinder und eine alte Mutter zu ernähren) die Gesamtausgaben pro Monat bei mäßiger Schätzung (die Sie ja aus anliegender Aufstellung selbst kontrollieren können) mit rund 1500 M. errechnet habe, während mein Gesamteinkommen 600 M. pro Monat beträgt, so ist in dieser ungeheuren Differenz zwischen dem tatsächlichen Einkommen und den Ausgaben nur für öffentlich bewirtschaftete Lebensmittel und Kleidung ohne Rücksicht auf Selbsthandelspreise wirklich Grund gegeben, für das unheilige Streikfieber, das so weite Kreise ergriffen hat, und das auch unsere Eisenbahner mit solcher Gewalt in den Streik hinausdrückte. Man bedenke doch nur, daß ich mit meinen 600 M. Einkommen immerhin noch ein sogenannter aufstiegender, mittlerer Angestellter bin, während die weit größere Zahl meiner Kollegen und auch der Eisenbahner es kaum über 400 M. bringt, während die Ausgaben noch meiner heillosen Aufstellung pro Kopf doch ca. 250 M. betragen, um zu begreifen, daß der Streik vielleicht politische Dicker gehabt hat, aber keine politischen Gründe, sondern solche rein wirtschaftlicher Natur. Solange die furchtbare Spannung zwischen dem tatsächlichen Einkommen und dem, was eine Familie zum Leben braucht, besteht, wird auch keine rechte Ruhe in unser schwergeprüftes Vaterland einziehen, und Pflicht eines jeden Vaterlandsfreundes ist es, mit der größten Energie darauf hinzuwirken, daß dieses in Wahrheit furchtbare Mißverhältnis ausgeglichen wird.

Somit die Zuschrift: Daß heute ein Arbeiter oder Angestellter aufstehen könnte, um zu beweisen, mit seinem Einkommen auch nur den bescheidensten Lebensanforderungen genügen zu können, wird niemand annehmen wollen. Aber der Einzelne gibt keine Auskunft auf die Frage, wie das furchtbare Mißverhältnis zwischen Einkommen und dem, was eine Familie zum Leben braucht, beseitigt wird. Neue erworbene Spannung wird durch Streiks doch nicht beseitigt, sondern immer noch mehr verschärft. So sehr also die Zustände aus der wirtschaftlichen Notlage zu erklären sind, so wenig kann dieselbe Notlage durch sie gemindert werden. Wir müssen uns doch auf den Boden der realen Tatsachen stellen und aus der gegenwärtigen Krise durch unsere Kraft, durch Arbeit, herauszukommen suchen. Die Spannung zwischen Einkommen und den hohen Preisen kann nur durch Schaffung neuer Werte, nicht aber durch Streiks aufgehoben werden.

Transportarbeiter-Verband. Die für den 14. Juli im Wegandiner einberufene Versammlung des Papier- und Buchhandels findet wegen des Verkehrsstreiks nicht statt.

Verantwortlich für Politik: Felix Adler, Charlottenburg, für den übrigen Teil des Blattes: Alfred Schöps, Berlin; für Anzeigen: Theodor Glade, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. in Berlin, Lindenstr. 3, Diercke 1 Verlag.

**Spezialarzt Dr. Hasché**  
Sprechstunden 10—1, 5—8, Sonntag 10—1.  
am Bahnhof — Teilschlaf  
Friedrichstraße 90  
Telebischstraße.

**Dr. med. Karl Reinhardt**  
Berlin, Potsdamer Str. 117 (a. d. Lützowstraße)  
**Spezial-Arzt**  
bewährte fachmännische Behandlung.  
Unentgeltliche Auskunft und aufklärende Gratis-Broschüren (Beschreibung sämtlicher Heilverfahren) in den Sprechstunden von 1/2 12—2 mittags, 1/2 9 bis 1/2 10 Uhr abends, Sonntags 1/2 11—1 Uhr (im verschlossenen Brief 1,25 Mk.).

**Heil-Institut Kühn** Praxis seit 1901  
Andreasstr. 76, 1 Ecke Breslauer Str., dicht am Schles. Bf.  
Sprechz. 10—12, 3—7, Sonntag geschlossen.  
Harn- und Blutuntersuchungen.

**Preuß.-Süddeutsche Klassen-Lotterie**  
Ziehung 1. Klasse 15. u. 16. Juli 1919. 3600  
1/2 1/2 1/2 1/2 Lose  
5,25 10,50 21,— 42,— Mark und Porto.  
Dahms, Lotterie-Einnehmer, Berlin SW 19,  
Jerusalemstr. 10, nahe Dönhofsplatz.

Sanitätärat  
**Dr. Wegscheider's**  
Brusttee u. Tropfen  
nach Original-Vorschrift  
gegen Husten und Lungen-  
leiden in Paketen zu 4,50  
und 7,50 Mk.  
Mifanten-Apotheke  
Berlin, Leipziger Str. 74,  
Dönhofsplatz.

Reichels  
**Sommersprossen-**  
Crema Isoll,  
absolut sicher wir-  
kendes 30 Jahre bewährtes  
garantirt ungeschädliches  
Cosmetikum. Dose 5 Mk.  
Otto Reichel, Berlin 43  
50, Eisenbahnstr. 4.

**TERAS**  
hautcreme  
Max  
Schwarzlose  
BERLIN  
„Wenig hilft viel“

Nur noch bis Sonnabend, 10. Juli, täglich  
zahle ich ausnahmsweise hohe Preise für  
**Alte Gebisse** pro Zahn bis  
M. 8.00  
(auch für gänzlich zerbrochene alte Teile).  
Gewöhnlichen Platin-Zahn M. 0,80 bis 1,50, Platin-Stift-  
Zahn M. 2,— bis 3,—, Platin-Platten-Zahn M. 4,— bis 8,—.  
Für Gold-Platin-Gebisse höchste Tagespreise.  
Hotel Grüner Baum, Berlin, Kransenstr. 56/58  
Zimmer 1. Frau Vogler. 9/18\*

**Schreibmaschinenzentrale**  
stets neueste Modelle am Lager.  
Rep.-Werkstatt f. sämtl. Systeme. (\*)  
Farbbänder Vervielfältigungsapparate Kohlepapier  
Einkauf Wachspapier Verkauf  
Büreaumöbel  
C. Z. Burgstr. 20 Lehnitz & Lichtenberg Tel.: Nö. 12 493.

Genehmigt für Berlin und die Provinz Brandenburg  
**Ziehung am 19. Juli 1919**  
im Dienstgebäude der General-Lotterie-Direktion  
unter notarieller Leitung.  
**Berliner Lotterie**  
für Volkserziehung (Pestalozzi-Frödelhaus)  
100 000 Lose. 3667 Gewinne im Werte von  
**100 000** M.  
Hauptgewinn im Werte von  
**50 000** M.  
mit **10 000** M.  
Lose 3 Mark. Postgebühr und Liste 45 Pf.  
Nachnahme 25 Pf. mehr.  
Lose überall erhältlich! 132/5\*  
Verband Preuß. Lotterie-Einnehmer  
G. m. b. H. i. L., Berlin, Burgstr. 27.

**Strassenhändler**  
für neuen Gölager 10f. geschüt.  
Zulassungserklärung für Schuh-  
crems. Jederm. Käufer. Güter  
Berlins. Forer, Stöglitz, 12  
Meynstr. 11. Sonntag 12 Uhr.

**Elektromotore**  
Gleichstrom Drehstrom  
faust, tauch, verdraht. (L1112)  
J. Schindler, Elektro-Inst.  
Blumenstraße 100. Tel. 1725

**Ein großer Posten**  
**Leder-Schuhsenkel**  
billigst zu verkaufen. Günstige Gelegenheit  
für Schuhfabriken und -Geschäfte, Sattlerwaren,  
Händler, Gemischtwarengeschäfte, Kantinen usw.  
Probierend 80 cm. lang 30,— Mk. gegen Nach-  
nahme von Riemenfabrik  
**B. Feix, Schwennungen 103 a. N.**

**Möbel**  
jeder Art  
in großer Auswahl und  
guter Ausführung auf  
**Bar oder Kredit.**  
**Möbel-Gross**  
Große Frankfurter Straße 141,  
Invalidenstr. 8, Eing. Ackerstraße.

**Flechten**  
Wunden  
offene Füsse, Krampfadern heilt sogar  
verweilten Füssen  
mit oft überraschen-  
der Erfolg die heil-  
gende schmerz- und  
475 M.; erhältlich in der Auguste-Viktoria-Apotheke,  
Königsgrätzer Str., und Simons-Apotheke, Krossen-  
Victoria- und in der Minerva-Apotheke, Charlottenburg. Man hüte  
sich vor Nachahmungen und bestelle, wo nicht erhältlich,  
direkt T. Tutogen-Laboratorium, Sankt-Ann-Parade 51